

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Reklamestelle 30 Pfennig...

Kiosken für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 8. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Fortschritte in Locarno.

Distanträge und französische Garantie. — Ein belgischer Vermittlungsvorschlag.

V. Sch. Locarno, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Es ist eine alte Erfahrung, daß die internationalen Regierungskonferenzen in ihren Arbeitsmethoden den internationalen Sozialistkongressen in mancher Beziehung ähneln.

Es hatte sich nämlich die Notwendigkeit ergeben, die strittigen Punkte an die Juristen zurückzuverweisen. Die Juristen spielen hier die Rolle einer Redaktionsunterkommission auf unseren sozialistischen Kongressen.

Die Plenarsitzung der Konferenz war um so übersichtlicher, als die Hauptdelegierten bereits Gelegenheit gehabt hatten, ihre verschiedenen Ansichten in privaten Unterhaltungen am Vormittag gegenseitig zu erläutern.

Wie steht es nun mit den Schwierigkeiten selbst? Der eine Punkt: der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wird relativ leicht gelöst werden können.

Etwas schwieriger ist es mit der Frage der sogenannten französischen Garantieansprüche zu den deutsch-polnischen Schiedsgerichtsverträgen.

Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Havas-Agentur veröffentlicht am Mittwochabend ein Kommuniqué...

neue Garantien. Zu diesem Zweck verpflichteten sich Deutschland sowie Frankreich und Belgien, die ihnen auf Grund des Versailler Friedensvertrages gemeinsamen Grenzen...

In diesem Verfahren werde der Völkerbund die bedeutsame Rolle spielen, die ihm durch seine eigenen Satzungen vorbehalten worden sei...

Die Haupt Schwierigkeit der gegenwärtigen Verhandlungen bestehe in der Formulierung des Rheinlandpakt und der Schiedsverträge im Osten...

Frankreich — Tschechoslowakei — Polen.

Locarno, 7. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Die Konferenz nimmt weiterhin einen befriedigenden Fortgang.

Benesch nimmt schon heute teil.

Locarno, 7. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Der tschechische Außenminister Benesch trat am Mittwoch nachmittag um 12 1/2 Uhr in Locarno ein.

Machtkampf.

Kommunistische Führer untereinander.

Die Abhängigkeit der bisherigen linken Führung der deutschen Kommunistischen Partei durch die Exekutive der Dritten Internationale hat den lange im geheimen geführten persönlichen Machtkampf zwischen den Mitgliedern...

Die russische Exekutive der kommunistischen Internationale in Moskau läßt die angeschlossenen Parteien durch ihre Organe überwachen wie Fußvölker durch Prososen.

Dieser Anspruch der Exekutive in Moskau auf Unsehbarkeit hat bisher noch jede Zentralkommission der deutschen kommunistischen Partei in den Konflikt mit der Exekutive hineingetrieben.

Die Annahme dieser intellektuellen war, nicht nur die deutsche Partei zu führen, sondern auch die Komintern. Glauben Sie, daß wir das nicht gesehen haben?

Ruth Fischer und Konforten sind also abgesetzt worden, weil sie sich anmaßten, klüger zu sein als Sinowjew und Bucharin...

Die erbitterten Ausführungen von Sinowjew gegen diese Annahme verraten aber ein weiteres. Große Schichten von kommunistischen Arbeitern haben, wie er zugibt, diese An-

Schauungen geteilt. Sie fühlten, daß man in Deutschland nicht unentwegt sowjetrussische Methoden einführen könne. Sie haben nicht mehr an den Götzen geglaubt, den die kommunistische Internationale aufgerichtet hat. Sie stehen Rußland nicht mehr mit absoluter Gläubigkeit und Kritikallosigkeit gegenüber, sondern machen für sich gewaltige Abstriche von dem, was ihnen von der unfehlbaren Leitung der kommunistischen Exekutive über die russischen Verhältnisse gesagt wird. Die leidest nämlich daran, daß sie maßlos übertreibt und damit entwertet, was im russischen Wiederaufbau an wirklichen Fortschritten erreicht worden ist. Trotz dieser kritischen Einstellung verliert die russische Exekutive in Moskau immer wieder, die russischen Methoden als alleinstimmig hinzustellen, und die Kommunisten in Deutschland durch die Diktatur von oben zum Glauben daran zu zwingen.

Dieser intellektuelle und parteiadministrative Druck hat, wie man aus den kommunistischen Auseinandersetzungen erfährt, auf der Seite der kritisch gewordenen Arbeiterschichten mindestens dieselbe Erbitterung gegen die Moskauer Befehlserteilung und ihre Methoden ausgelöst, die die Führeremanation von Maslow und Rub Fischer bei Sinowjew hervorgerufen hat. Diese Erbitterung hat auf dem letzten Parteitag der Kommunisten zu einem offenen Ausbruch geführt. Den Vertretern der Exekutive wurde höhnend entgegengerufen: Geh doch nach Moskau!

Das ist ein bedeutsames Stimmungszeichen für die Situation in der kommunistischen Partei, und Bucharin hat in seiner Anklage gegen die abgelagerte linke Führung der deutschen Kommunisten mit großer Schärfe auf dies Stimmungszeichen verwiesen:

„Diese leidenschaftlichen Töne in dem Ruf „Geh nach Moskau! Du bist ein Moskowl“ sind ein Ausdruck des Zurücktretens vom kommunistischen Standpunkt zur Sozialdemokratie.“

„Man sagt, daß man in der Erregung schreien kann: Geh nach Moskau. Ich sage, das ist der Ausdruck des absoluten Scheiterns der sozialdemokratischen Orientierung, der teilweise reformistischen patriotisch-preussischen Gefühle, die da eine verdeckte Rolle spielen und zum Ausbruch kommen. . . Wissen Sie, wenn ein Merkmal des guten Tones auf dem deutschen Parteitag das ist, daß derjenige ein Schurke ist, der die Anträge der Komintern unterstützt, wenn man als Merkmal des guten Tones das hält, so ist das Verrot.“

Nach solch offenherzigen Geständnissen von beiden Seiten ist man allerdings versucht, den Schluß zu ziehen, daß auf beiden Seiten in diesem Machtkampf um die Führung nationale Imponderabilien eine Rolle gespielt haben, deutsche oder vielmehr westeuropäische in der deutschen kommunistischen Partei, allrussische bei Sinowjew und bei Bucharin, der sich über die verdeckten patriotisch-preussischen Gefühle bei den deutschen Kommunisten beschwerte.

Aber in diesem Machtkampf um die Führung und um die Rolle des unfehlbaren Papstes haben die Russen entschieden die Vorhand vor jeder deutschen kommunistischen Zentrale. Die abgelagerte linke Führung der deutschen Kommunisten hat es erfahren müssen. Sie muß zusehen, wie die kommunistischen Mitglieder, die sie noch aus dem letzten kommunistischen Parteitag unjubeit haben, sie heute treulos im Stich lassen und sich hinter die russische Exekutive in Moskau stellen. Sie haben ja selbst der Exekutive zu dieser Nachtstellung verholfen, indem sie den Versuch unternahm, vor den deutschen kommunistischen Arbeitern das Höhenbild einer allwissenden und unfehlbaren und allmächtigen Zentrale der kommunistischen Internationale in Moskau aufzurichten. Sie selbst haben aus dem Demagogen Sinowjew einen Datsi Lama gemacht, und dieser Datsi Lama reizt ihnen nun die Sympathie derer hinweg, die sie für ihre treuesten Anhänger hielten. Moskau zerfällt in allem. Sie liegen vor Sinowjew am Boden. Niemand sagt ihnen sich in einem Augenblick der Erkenntnis resignierend und seufzend: „Am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machten.“

Der rote Oberbürgermeister.

Nachträgliche Anerkennung der Arbeit Scheidemanns.

Bei der Einführung des neuen Oberbürgermeisters Stadler in Kassel, bisher Regierungsvizepräsident, wurde mehrfach der Amtstätigkeit Scheidemanns in bemerkenswerter Weise gedacht. Der Regierungspräsident Springorum, ebenso wie Stadler alter Beamter aus kaiserlicher Zeit, sagte in seiner Einführungsrede u. a.: „Kassel ist ein wichtiger Mittelpunkt deutscher Arbeit und deutschen Schaffens und seit dem Kriegsende bestrebt, auch eine soziale Stadt zu werden, das heißt eine Stadt mit vorbildlichen sozialen Maßnahmen und Fürsorgeeinrichtungen. Sie übernehmen eine geordnete Verwaltung, die während der Amtsführung Ihres Herrn Vorgängers auf wichtigen Gebieten Gutes und auch sehr Gutes geleistet hat. Als Vertreter der Staatsregierung erkenne ich dies gern an und danke dafür allen beteiligten Stellen.“

Der neue Oberbürgermeister begann seine Rede mit Hinweisen auf die Tätigkeit seines Vorgängers: Oberbürgermeister Scheidemann ist im Jahre 1919/20 in ersten Zeiten an die Spitze der städtischen Verwaltung berufen worden. In den fünf Jahren seiner Amtstätigkeit haben schwerste Nöte politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Art auf unserem Vaterland und damit auch auf der Stadt Kassel und ihrer Bevölkerung gelafelt. Trotzdem ist unsere Stadt in diesen fünf Jahren vorwärts gekommen und hat Erfolge auf den verschiedensten Gebieten kommunaler Tätigkeit zu verzeichnen. Ich erinnere an die Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen, an die Errichtung des Rentnerheims und des Entbindungsheims, an die Anlage eines großzügigen städtischen Schwimmbades und an die Entwicklung von Wohnungsfürsorge und Siedlung durch umfangreichen städtischen Grunderwerb, städtischen Eigenbau und Förderung des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaues. Wenn mein Herr Amtsvorgänger sich nunmehr entschlossen hat, infolge seines Gesundheitszustandes von seinem Amt vorzeitig zurückzutreten, so begleiten ihn die besten Wünsche zur völligen Wiederherstellung auf seinem weiteren Lebensweg.“

Es ist gewiß nicht ohne Interesse, gerade jetzt, vor den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen, zu den Bezirks- und Provinziallandtagen festzustellen, wie sozialdemokratische Arbeit geleistet werden muß, wenn man die Wahrheit nicht direkt verheimlichen will. Was in Kassel „seit dem Kriegsende“ um mit dem Regierungspräsidenten zu sprechen, auf kommunalem Gebiet geleistet worden ist, wurde von zentralen Behörden vielfach als vorbildlich bezeichnet. „Seit dem Kriegsende“ aber begann die tiefgeladene sozialdemokratische Herrschaft, die unter dem Oberbürgermeister Scheidemann als dessen „System“ unausgesetzt heruntergerissen worden ist. Die anerkennenden Worte der beiden Herren Springorum und Stadler sind deshalb um so bemerkenswerter, weil dem „Kasseler Volksblatt“ zufolge, „Bestrebungen im Gange waren, die den Regierungspräsidenten beeinflussen wollten, den bisherigen Oberbürgermeister überhaupt nicht zu erwähnen.“

Ohrfeigen für Schiele.

Die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins im Kreise Solingen waren vor einigen Tagen versammelt, um zum Reichsschulgesehntwurf Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde die folgende Entschiedenheit angenommen:

Die Lehrerschaft des Kreises Solingen stellt sich einmütig hinter die Entschiedenheit und den Aufruf des DVB. Sie verurteilt auf das Schärfste den von der Reichsregierung vorgelegten Gesehntwurf, weil er einen glatten Bruch der Reichsverfassung bedeutet und dadurch das Vertrauen zu jeder Gesehntgebung untergründ. Die Staatshoheit zugunsten anderer Mächte ausübt und die Schule vertritt, den Lehrerstand entzweit, den Aufbau eines großen einheitlichen Schulwesens hindert, in seinen Auswirkungen die völlige Aufhebung der Volkseinheit bedeutet und eine unerträgliche finanzielle Belastung der Gemeinden mit sich bringt. Die Verjammung ist entschlossen, in einer Kampffront mit der gesamten Lehrerschaft im DVB. mit aller Macht das Zustandekommen eines solchen Gesehntes zu verhindern.

und sie ruft die Öffentlichkeit auf, im Interesse der Erhaltung der deutschen Staatschule ihr darin beizustehen.

Dresden, 7. Oktober. (Z.) Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein lehnte in seiner Gesamtvorstandssitzung in Dresden den Reichsschulgesehntwurf ab.

Selbst Stahlhelmregierung dankt.

Braunschweig, 7. Oktober. (Z.) In der heutigen Sitzung des braunschweigischen Landtags, die sich mit dem Reichsschulgesehntwurf beschäftigte, gab Ministerpräsident Marquardt die Erklärung ab, daß der Reichsschulgesehntwurf durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt sei und daß er eigentlich nur informativen Charakter für die Länderregierungen gehabt habe. Gegen die Bestimmungen dieses Gesehntwurfes würden auch von der braunschweigischen Regierung nicht unerhebliche Bedenken geltend gemacht, denn die Regierung habe kein Interesse daran, die geistliche Schulaufsicht wieder aufleben zu lassen. Es wurde ein Antrag der Bürgerlichen angenommen, in dem das Ministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in Kürze ein Reichsschulgesehntwurf vorgelegt wird, das die Staatshoheit über das Schulwesen sichert, das in der Reichsverfassung verbürgte Recht der Eltern auf Schulen ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verwirklicht und den Religionstheorien ihre Bede- und Gewissensfreiheit unter Wahrung der Grundsätze ihrer Religionsgemeinschaften verbürgt. Eine Ueberwachung des Religionsunterrichts durch Geistliche wird abgelehnt.

Rittergutsbesitzer und LPA.

Weshalb die Landwirtschaft Kredite braucht, und keine Steuern zahlen kann.

Gestern erfolgte im LPA-Prozess die Vernehmung des Rittergutsbesizers u. Sigewitz. Dieser Rittergutsbesitzer, der von der reaktionären Presse als der Typ eines zuverlässigen deutschnationalen Landwirts behandelt wird, entpuppt sich als ein sehr gerissener Spekulant. Er besitzt zwar keinen Pfennig baren Geldes, aber als er von dem Plan des Häuserkaufs hört, beschließt er sofort in das Geschäft hineinzusteigen. 600 000 M. will er durch Hypotheken aufbringen, die übrigen 1 1/2 Millionen, die zum Kauf nötig waren, sollen durch Beleihung der zu kaufenden Häuser aufgebracht werden. Deshalb bemüht er sich um englische Kredite, die der Landwirtschaft unter der Bedingung, daß sie zur Boden- und Wirtschaftsverbesserung verwendet werden, zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Kredite sind zwar noch nicht da und etwas Genaueres kann er über sie nicht erfahren, aber trotzdem läßt er sich zunächst einmal von der LPA den Kredit vorstrecken. Auch hier unter der Vorpiegelung der Bodenverbesserung. Die englischen Kredite bleiben dann aus, weil sie überhaupt nicht vorhanden sind, und die LPA sitzt mit ihren Sigewitz-Krediten, die zur Bodenverbesserung gegeben worden sind, fest, weil sie zu Häuser Spekulationen ausgebraut worden sind. Aber das geniert Herrn Sigewitz wenig. Er klammert sich zunächst nicht mehr um das Geschäft, weil er nicht mehr flug daraus wird, und wird erst ungemächlich, als er merkt, daß er von seinen Standesgenossen nach Strich und Faden übers Ohr gehauen wird. Da legt er den Carlswägen kurzerhand den Stuhl vor die Tür und übernimmt ihre Anteile mit der Begründung, daß das Geschäft kein Belästigung mehr vertragen. Er selbst aber belastet das Geschäft sofort wieder mit 395 000 M., um Schulden zu bezahlen und seinen Sozials Wähler zu sanieren. Als er dann allerdings für 700 000 bis 800 000 Mark Grunderwerbsteuern zahlen soll, besinnt er sich eines anderen und er gibt die Anteile dem Wertfortium zurück. Und es ist bemerkenswert, daß ihm das Finanzamt die Anregung dazu gab.

Man weiß also jetzt, weshalb die notleidende Landwirtschaft Kredite gebraucht und weshalb sie keine Steuern bezahlen kann.

Thema mit Variationen.

Konzertanschau von Kurt Singer.

Man ist in Berlin um Abwechslung nicht verlegen. Bei diesen Variationen über das einsame Thema „Konzert“ spielt die Rücksicht auf das Publikum eine nicht so große Rolle, wie die Rücksicht des Künstlers oder die Rücksicht mit seiner Verletzbarkeit. Wären diese Zusätze nicht relativ selten, man könnte an Abtrot glauben. Wie herrlich und edel ist doch die Kunst, wie profan ist das künstlerische Arbeiten! Der Glorionschein schwindet schnell, die Goldtrone verbleibt, wenn das Klängen der Goldtrone im Rosten zum Grundakkord des Schaffens wird. Oder ist der Regentenor Hayes anderer Ansicht? Beschämend, Zeuge zu sein, wie er aus materiellen Gründen sein schon dezimiertes Publikum eine geschätzte Stunde auslassen läßt, weil die fällige Zahlung noch nicht geleistet ist. Der Agent hatte sich wohl verrechnet: auch schwarze Tendres verlieren an sensationeller Wirkung. Der Betriebsleiter aber hat die Pflicht, sich und seinen Schützling reinzuwaschen! Jeweils Variation: in einem Orchesterkonzert erscheinen die Noten zur einzigen Novität des Abends „nicht rechtzeitig“. hm, hm. Der Komponist lebt in Berlin. Alles abgegriffene Ausrede. Man sinne auf neue. Dritte Variante: die Programme treffen erst eine Stunde nach Beginn des Wiederabends ein. Der berühmteste Regitator Deutschlands, einer der größten Gedächtniskünstler und ergebnisstärksten Sänger (bei brüchiger Stimme) bleibt dreimal stehen. Das Programm in der Hand, wäre er nie gestraucht. Welche Bequemlichkeit, welche Gleichgültigkeit führt hier das Regiment!

Abwechslung muß sein. So dachte auch Furtwängler, als er das erste philharmonische Konzert inhaltlich durchging. Handt, Mozart, Weber, Strauss, Bartók. Ein bißchen bunt? Zugestanden. Doch vertritt sich alles recht gut miteinander. Furtwängler ist ein großer Mann. Die G-dar-Militärinfolge Handts gerät unter seiner Hand zu einer Füllgranate von seltener Durchsichtigkeit. Wundervoll, wie gemähigt und stark er das Renzwei nimmt, wunderbar die Grazie des Allegretto und die unübertriebene Hurligkeit des Presto. Eine Partitur klingt auf, als sei jeder Notenstrich mit einer Silbernadel hingelegt. Dann begleitet er mit äußerster Zurückhaltung, fast unhörbar, die Dulciana Glannini. Sie ist zu einem Star erster Ordnung in Berlin gemacht worden. Sie ist gar kein Star oder viel mehr als das. Die schönste, weichste, im Ausdruck quackende, leicht ansprechende Sopranstimme gehört einem musikalisch-fühlen Menschen. Was man bewundert, ist Klarheit, Sauberkeit, Sicherheit, Reiz eines Naturinstruments. Der Mensch wird sich auf der Bühne einstellen. Mit der „Langsuite“ Bartóks brachte Furtwängler ein wertvolles Stück Musik nach Berlin. In einer wehrhaft üppigen und farbenfrohen Instrumentation verrät sich allein schon weisse Künstlerhand. Darüber hinaus hat diese Variationenreihe, die ein folkloristisch interessantes Ritornellthema bildet, wilden rhythmischen Schwung. Der Tanz verläßt kaum die Gefilde urständiger Volksmusik, auch wenn tollste Bläserstünge jeder Tonart zu spotten scheinen. Wig und Bebogen füllen die die Rücken. Ein atonierender Rausch treibender Bewegung setzt sich kräftig, tumultuarisch in die Glieder. Es lohnt sich kaum zu sagen, daß die Suite, prachtvoll exekutiert, mit gemischten Gefühlen und Hand- oder Rundbewegungen hingenommen wurde.

Evo Liebenberg besitzt eine Stimme von großem Umfang, von einer Saittheit des Tons, der glodenhaft zu Herzen geht. Ruhelos der Atem, rein die Intonation, blühend der Vortrag. Redheit und Phatos zu gleichen Teilen, jedes zur rechten Zeit. Auch der warme Strom des Erlebens und des Erfülltseins fließt durch, etwa im „Ave Maria“ von Schubert. Wir möchten dieser monumentalen Stimme in monumentalem Werk, bei Handel, wieder begegnen. Nyra Mortimer singt gleichfalls Schubertische Lieder. Die prächtige Stimme scheint noch nicht zu Ende entwickelt, Anstrengung der Halsmuskeln ist noch unüberwunden. Aber das Organ in seiner dramatischen Lebendigkeit, geführt vom Willen einer zielstrebigen und sehr musikalischen Frau, eröffnet schönste Zukunftsperspektiven.

Hans Erich Riebenlahm, ein neuer Name. Der 17jährige spielt (nach Beethoven und Bartók) die Goldberg-Variationen Bachs, 30 an der Zahl. Ich darf bekennen, daß mir 20 genügte. Wie dieser Wustman aber Bachsche Musik erlebt und gefaltet, das darf schon als außerordentlich gepriesen werden. Die Lyrik und das Andante zwar verweicht und dehnt er in junger romantischer Gefühlschwärmerei allzu sehr. Das Bachsche, jenseit Straffe, Männliche, Auftrumpfende, Orgelfeste aber weilt Riebenlahm mit absoluter Äußerer wie innerer Beherrschung klarzulegen. Ein Temperament, das sich im Raum hat, ein Begeisterter, der Begeisterung ausstrahlt, ein erster Künstler, der, Schnabel-Schüler, in Momenten der Vollgriffigkeit und des schönen Aukruhs an Edwin Fischer erinnert. Er wird seinen Weg gehen. Werft euch seinen Namen. Ise Scharrer ist noch nicht so weit, daß sie über dem Wert stünde. Die Kleinarbeit gelingt ihr dennoch, bei Purcell, bei Scarlatti, elegant, einschmeichelnd, lieb. Ein sympathisches Wesen mit ausgeprägtem Klang- und Forminn. Das Glasanoff-Quartett, dem ein großer Ruf vorausläuft, enttäuschte in Beethoven op. 59 Nr. 2; es fehlt dem Prinzipier Sufalschewski vor allem an Kraft und Sonorität des Tons, es fehlt allen an einer Größe der Auffassung, die etwa dem Adagio-Beethoven oder dem großen ersten Satz gerecht würde. Das Spielerische, Ländelnde, leicht Bewegliche gelingt bei der Tonhöflichkeit der Instrumente viel besser. Es singt sich gut aus solcher Bratsche, solcher Geige. Bei russischer Musik wollen wir dem Geklang der Russen wieder lauschen.

In den Urwäldern Brasiliens. Dieser Deusch-Film, der in der Urania gezeigt wird, hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, die Urwälder Brasiliens mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt festzuhalten. Freilich das, was dem Urwald seinen unheimlichen Zauber verleihen soll, die tropische Fülle, die märchenhaften Farben kann der Film uns nicht geben. Eine photographische Aufnahme kann, was den Stimmungseffekt anbelangt, in diesem Falle nicht ein Gemälde ersetzen, das Sonne, Farbe und seelische Wechselwirkung ganz anders einfangen würde. Und doch, der Film nimmt gefangen, nicht allein durch großartige landschaftliche Bilder, sondern besonders durch die liebevollen Aufnahmen aus der mannigfaltigen Tier- und Pflanzenwelt. Gürteltiere, wie sie den Boden auswühlend ihre Nahrung suchen, Schlangen aller Art, Wasserchweine, Nilentkrabben, Papageien, der brasilianische Vagabond Urubu bei seiner Nahrung und als wunderbares Gegenpiel der flüchtig von Blüte zu Blüte schwirrende, mit dem nadeldünnen Schnabel Nektar lachende Kolibri. Zwei Vogelarten, die so ein berückendes Gleichnis des Formentrichums der Natur geben. Auch die Pflanzenwelt ist mit Liebe auf-

genommen, wenn man auch für die Dreifäden mehr Raum und vor allem Großaufnahmen gewünscht hätte. Hochinteressant waren die Mangroven mit ihren Stützurzeln und die großartigen Aufnahmen des Amazonas. Der menschlichen Arbeit, die den tiefen Urwald schrittweise urbar macht und auf dem jungfräulichen Boden oft mit primitivsten Mitteln Kulturpflanzen wie Mais und Bananen anlegt, waren mehrere Bilder gewidmet. Eine Kolonie in Santa Rosa zeigte uns ein Stückchen deutsches Volkstum im fernen Urwald. Ein Film über Eisberge und ein Fox-Film über die hochinteressante, vom Urwald für viele Jahrhunderte verdeckte mexikanische Kulturstätte Tula in Mittelamerika, ging voran. Dieser Film zeigte dem Urwald wieder entrisene Tempel, Wohnhäuser und Pyramiden mit unheimlich stark wirkenden Ornamenten und reichen Götter- und Tierbildern. Ein einleitender Vortrag von Josef Commer führte in die Schwierigkeiten ein, die der Eroberung des Urwaldes mit seiner überreichen Tier- und Pflanzenwelt und den unzähligen Quälgeistern, wie Ameisen, Termiten und mikroskopisch kleinen Lebewesen entgegenstehen und so einen großen Heroismus seiner Urbarmacher und Durchforscher voraussetzen.

Entdeckung einer Schülter-Statuette. Man wußte aus der Literatur, daß sich das Modell eines Merkur von dem Gießer Johann Jacobi in Homburger Schloß befand, aber das Kunstwerk war lange Zeit nicht aufzufinden, und erst jetzt ist es, wie Prof. Franz Weinig im „Kunstwanderer“ mitteilt, wieder ans Licht gekommen. Jacobi, der Gießer des Reiterdenkmals des Großen Kurfürsten in Berlin, war mit Andreas Schülter eng verbunden, und so liegt die Vermutung nahe, in dem Bildner des fahn aufsteigenden Merkur, der zwar der bekannten Figur der Giovanni Bologna nachgebildet ist, sich aber von ihr in wesentlichen Momenten unterscheidet. Schülter zu erkennen. Befindet sich doch bereits im Homburger Schloß ein anerkanntes Werk Schülers, die prächtige Büste des Landgrafen Friedrich II. über dem Tore zum Alten Archloggebäude. Wahrscheinlich hat Schülter auch den Merkur für den Landgrafen, der übrigens Kleins Prinz von Homburg war, gearbeitet. Das schöne und charakteristische Werk ist aus Bronze verfertigt, die einen dunkel-farbigen Ueberzug erhalten hat. Die Höhe der Figur beträgt rund 60 Zentimeter, die Kupel etwa 10 Zentimeter, der dunkle Marmorsockel 19 1/2 Zentimeter. Das Werk Schülers wird damit um eine neue interessante Arbeit bereichert.

Mattia Battistini veranstaltet am 9. Oktober in der Philharmonie einen Krien- und Viederabend.

Dulciana Glannini, die in Berlin im Konzertsaal mit so außerordentlichem Erfolg aufgenommene italienische Sängerin, ist vom Intendanten Litzien für ein zweimaliges Gastspiel in der Städtischen Oper verpflichtet worden. Sie singt am 17. und 18. Oktober in der Städtischen Oper die „Aida“. Die Vorstellung findet zu gewöhnlichen Preisen statt. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Das Homburger Feine-Denkmal, das einst die Kaiserin Elisabeth für Korla errichten ließ, das aber nun schon seit Jahrzehnten in der freien Reichs- und Kanalschiff unter einem Holzerbschlag dem Verfall preisgegeben ist, wird, jetzt endlich restauriert und in Wlona öffentlich aufgestellt werden.

Ein Petrarca-Museum soll in der französischen Stadt Vaucluse errichtet werden, in der der berühmte italienische Dichter der „Sonette an Laura“ einen wichtigen Abschnitt seines Lebens verbracht hat.

Die Vorbereitung der Wahlen.

Anordnungen des Innenministers.

Um die Vorbereitung der Wahlen zu fördern, hat der preussische Innenminister in einem Rundschreiben folgendes angeordnet:

Die Wählerlisten sind spätestens fünf Wochen vor dem Wahltag (29. November), d. h. spätestens vom 25. Oktober ab, auszuliegen.

Der Provinzialausschuss (Landesausschuss) hat mit größter Beschleunigung

1. die Zahl der zu wählenden Provinziallandtags- (Kommunalparlaments-) Abgeordneten festzusetzen, für die auf Grund des neuen Wahlgesetzes das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni d. J. zugrunde zu legen ist, wie es in Nr. 28/29 der Statistischen Korrespondenz vom 10. Juli d. J. veröffentlicht ist;

2. die Einteilung der Provinz des Bezirksamtes, Landeskomunalverbandes) in Wahlbezirke vorzunehmen. Für die Provinzialparlamentswahlen sind Wahlbezirke (Stadt- und Landkreise), auf die nach der Einwohnerzahl nicht mindestens 1 Abgeordneter entfällt, durch Beschluß des Provinzialausschusses mit einem benachbarten Wahlbezirk zu vereinigen. Hinsichtlich der Zusammenlegung ist zu bemerken, daß ein Wahlbezirk, der die Durchschnittszahl nicht erreicht, sowohl mit einem oder mehreren Wahlbezirken, die ebenfalls die Durchschnittszahl nicht erreichen, verbunden werden kann, wie mit einem Wahlbezirk, der die Durchschnittszahl erreicht; vorausgesetzt, daß es sich um benachbarte Wahlbezirke handelt.

3. Einreichung der Wahlvorschläge. Voraussetzlich wird die demnächst erscheinende Wahlordnung dahin Bestimmung treffen, daß die Wahlvorschläge spätestens eine Woche vor dem Wahltag, d. h. am 21. November, bekannt zu machen und daß sie spätestens bis zum 21. Tage vor dem Wahltag, d. h. bis zum 8. November am Witternacht, einzureichen sind. Wahlvorschläge können an und für sich auch schon vor der öffentlichen Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen eingereicht werden. Bis zum Erscheinen der Wahlordnung bestimmt der Minister, daß die Wahlvorschläge für die Provinzialparlamentswahlen einheitlich für sämtliche Wahlbezirke beim Provinzialausschuss, für die Kreisparlamentswahlen beim Kreisamt einzureichen sind. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Wahlberechtigten können für die Provinzialparlamentswahlen aus dem ganzen Bereich der Provinz, für die Kreisparlamentswahlen aus dem ganzen Kreis entnommen werden.

Was hier für die Provinzialparlamentswahlen gesagt ist, gilt entsprechend für die Kommunalparlamentswahlen; an die Stelle des Provinzialausschusses tritt der Landesausschuss.

Die Feme.

Bisher 16 Verhaftungen. — v. Senden, Gutfnecht und Schürmann stark belastet.

Die Korrespondenz B. S. teilt mit: Im Moabiter Untersuchungsgefängnis befinden sich jetzt nicht weniger als 16 Personen, denen zur Last gelegt wird, an den Mordtaten der Feme entweder aktiv mitgewirkt oder es unterlassen zu haben, Anzeige wegen der ihnen bekannten Straftaten zu erstatten.

Landgerichtsrat Dr. Grätz vom Landgericht III hat am Mittwoch den Oberleutnant Freiherrn v. Senden mehrere Stunden lang vernommen und daraufhin angeordnet, daß Oberleutnant Senden, dessen Verteidigung Rechtsanwalt Bloch (Berlin) übernommen hat, weiter in Haft verbleibe. Oberleutnant von Senden wird zunächst aktive Beteiligung an den Morden der Feme nicht vorgeworfen, sondern vielmehr die Tatsache, daß er in Kenntnis gewisser Verbrechen die Anzeige unterlassen hat. Unter den Verhafteten, denen zum Teil aktive Täterschaft bei Ausübung der Femeorde zur Last gelegt wird, erscheint der ebenfalls verhaftete Hauptmann a. D. Gutfnecht neben Schürmann sehr stark belastet.

Inzwischen ist von der Staatsanwaltschaft eine neue Festnahme erfolgt und zwar ist der ehemalige Leutnant Benn ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Benn war Führer eines nach ihm benannten Stottrupps im Regiment Senden und lag im Juni 1923 in Döberitz. In dem Stottrupp sind dann gewisse Dinge vorgekommen, die die Mannschaften mit der Polizei und dem Garnisonältesten in Berührung brachten, so daß der gesamte Stottrupp strafweise nach Frankfurt (Oder) verlegt und dort dem Führer der U. A., Leutnant Damm, unterstellt wurde. Schon zwei oder drei Wochen später wurde dann der Stottrupp Benn wiederum verlegt und kam in die Spandauer Zitadelle, wo er bis zum Zusammenbruch des Kärstner Buisches verblieb. Später ist Benn mit seinen Leuten dann nach Mecklenburg gegangen und wurde Führer eines Arbeitskommandos auf einem großen Gut. Benn selbst hat sich längere Zeit in Schwerin aufgehalten, flüchtete jedoch wiederholt, als ihm die Polizei auf den Fersen war. Es wird vermutet, daß der Ermordete Pannier Angehöriger des Stottrupps Benn gewesen ist und daß Benn um diese Gelegenheit weiß. Am gestrigen Mittwoch ist der Verhaftete seinem ehemaligen Regimentskommandeur, dem Freiherrn v. Senden, gegenübergestellt worden.

Schlussitzungen des Barmat-Ausschusses.

Vortrag des Hauptberichterstatters.

Zu Beginn der Mittwochssitzung des Untersuchungsausschusses des Landtags in Sachen Barmat-Rüttler beschwerte sich der Kommunistische Abgeordnete, der Abg. Heilmann, über die kommunistischen Fragen am Dienstag im Ausschuss bekanntgeworden waren, sich mit Barmat telefonisch in Verbindung gesetzt. Der Vorsitzende stellt dazu fest, daß er selbst sich am Dienstag nachmittags an Heilmann gewandt habe, damit dieser auf Barmat einwirke, sich dem Ausschuss für die Vernehmung zur Verfügung zu stellen. Heilmann erklärt, er habe, seitdem der Ausschuss die Fragestellung an Barmat beschlossen hatte, mit Barmat weder telefoniert noch gesprochen, um irgendwie auf ihn einzuwirken. Er habe lediglich dem Wunsch des Vorsitzenden entsprochen und sich in der Mittagszeit, vor Bekanntwerden der kommunistischen Fragen, mit Barmat in einem Café getroffen.

Nach Verlesung des Stenogramms der von Barmat am Dienstag abend auf die kommunistischen Fragen gemachten Aussagen verweist Abg. Bartels (Komm.) darauf, daß Heilmann vor dem Ausschuss lediglich von Aussagen gesprochen habe, die von Barmat wiederholt worden seien. Jetzt aber habe Barmat selbst die Möglichkeit eines Darlehens an Heilmann zugegeben. Heilmann bemerkt dazu, er könne sich nicht entsinnen, daß er jemals ein Darlehen von Barmat erhalten habe.

Abg. Dr. Raupold bemängelt, daß der Ausschuss sich über die Vernehmungsfähigkeit Barmats unterhalte, während dieser sich in einem Café mit Heilmann treffe. Eigenartig berührt auch, daß sich der Vorsitzende gerade an Heilmann wende, um Barmat über die Absicht des Ausschusses, ihn zu vernehmen, zu unterrichten. Heilmann betont nochmals, daß der Vorsitzende ihn bisher bei jeder Vernehmung Barmats gebeten habe, die Verbindung mit Barmat herzustellen. Das sei dann in der Weise erfolgt, daß er (Heilmann) Barmat telefonisch fragte, welche Zeit ihm am besten passe; so sei das auch am Dienstag vormittags gewesen. Bei dieser Gelegenheit habe ihm Barmat erzählt, daß er mittags eine Besprechung mit dem Untersuchungsrichter habe und sich gern nachher

Gegen Schliebens Hungerpolitik.

Eine Entschliebung des Vorstandes des ADB.

Der Bundesvorstand des ADB hat sich mit der durch die Ablehnung einer Besoldungsbesserung für die Beamten geschaffenen Lage befaßt. Gegenüber den Gründen, die der Reichsfinanzminister von Schlieben für die ablehnende Haltung der Reichsregierung geltend gemacht hat, stellt der Bundesvorstand folgendes fest:

1. Der Reichsfinanzminister erklärte am 31. Juli 1923 im Reichstag: „Sobald wir den Beamten helfen können, ohne Schädigungen der Reichsfinanzen heraufzubeschwören, dann werden wir auch helfen.“ Nach Ausweis der amtlichen Veröffentlichungen zeigen die Einnahmen des Reiches auch in diesem Etatsjahr schon wieder einen Ueberschuß von mehreren hundert Millionen Mark. Trotzdem also die vom Minister selbst aufgestellte Voraussetzung erfüllt ist, will er die gegebene Zusage nicht einlösen, indem er auf einen zu erwartenden Rückgang der Einnahmen hinweist.

2. Soweit ein solcher Rückgang eintreten kann, ist er die Folge einer Reihe von Steuerermäßigungen, die durch die neuen Steuergesetze eingeführt sind. Diese Ermäßigungen bedeuten aber bestimmt eine Schädigung der Reichsfinanzen; trotzdem hält sie die Regierung für erträglich, denn sie kommen fast ausschließlich der Wirtschaft zugute, die damit eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage erfahren hat. Dennoch begründet der Minister seine ablehnende Haltung weiter mit der Krise des deutschen Wirtschaftslebens, das bei einer Verbesserung der Beamtenbesoldung zum Erliegen kommen müsse. Diese schon seit Jahren angeführten Argumente können auf die Beamtenbesoldung keinen Eindruck mehr machen; sie muß die Zustimmung ablehnen, daß es ihre Aufgabe sei, die Wirtschaft gesund zu hungern.

3. Ferner kam die Behauptung des Ministers, daß mit Rücksicht auf die Lohnfrage in der Industrie eine Besoldungsbesserung unerträglich sei, keinesfalls anerkannt werden. Seit Dezember 1924 sind die Beamtengehälter stabil geblieben, während die Löhne steigende Bewegung aufweisen. Der Zustand, daß Beamte über 40 Mark monatlich weniger verdienen als der ihm unterstellte Arbeiter, ist völlig unerträglich.

4. Ebenso unhaltbar und unbewiesen ist die Behauptung, daß eine Besoldungsbesserung zu einer weiteren Preissteigerung führen müsse. Die Preise sind seit einem Jahre dauernd gestiegen, trotzdem die Beamtengehälter keine Erhöhungen erfahren haben. Die sogenannte Preisabbau-

aktion der Reichsregierung hat fähbare Ergebnisse bisher nicht gezeigt. Zudem steht die Ansicht, daß Produzenten und Händler jede Besoldungserhöhung der Beamten durch willkürliche Preissteigerung für sich beanspruchen können, in trassam Widerspruch zu den von der Regierung bekundeten Preisentzugsabsichten. Mit dieser Begründung könnte schließlich auch in der Zukunft jede Verbesserung der wirtschaftlichen Notlage der Beamten abgelehnt werden.

Der Bundesvorstand sieht sich daher zu der Feststellung gezwungen, daß die Reichsregierung die unerträglich gewordene Notlage der Beamten, besonders der unteren Besoldungsgruppen, nicht befehlen will, obwohl sie anderen Kreisen des Volkes in der weitestgehenden Weise durch Steuerermäßigungen und eine Reihe anderer Maßnahmen (die Einfuhrzölle bedeuten allein ein Geschenk von 100 Millionen Mark für die Landwirtschaft) entgegengekommen ist. Der Bundesvorstand erblickt hierin einen Ausfluß der arbeitnehmerfeindlichen Politik der gegenwärtigen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien, einer Politik, die nicht zu der Beruhigung unseres innerstaatlichen Lebens führen kann, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt als ihr Ziel aufgestellt hat.

Der Bundesvorstand fordert daher alle Beamten auf, in klarer Erkenntnis dieser Zusammenhänge sich um die Organisationen zu scharen, die gewillt sind, den auch der Beamenschaft aufgezwungenen Kampf gemeinsam mit allen übrigen Arbeitnehmern zu führen, den Kampf gegen eine einseitige Herrschaft der Kapital- und Profitinteressen, den Kampf gegen eine völlig unsoziale Steuerpolitik, den Kampf gegen eine Lohn- und Besoldungspolitik, die die große Masse immer weiter in die Verelendung hineintreibt.

Die Öffentlichkeit weist der Bundesvorstand eindringlich darauf hin, daß mit einer Beamtenbesoldung, die sich im Dauerzustande des Hungers und der schwersten wirtschaftlichen Not befindet, die Aufgaben der Verwaltung und der sichere Fortgang des Staatslebens nicht aufrechterhalten werden können.

Beamte, wacht auf! Der Kampf geht weiter!

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Der Vorstand: Falkenberg.

Kriegsschuld und Pakt.

Die deutschnationalen Opposition — im Lichte Locarno's.

Locarno, 7. Oktober. (Drahtbericht unfreier Sonderkorrespondenten.) In den englischen und französischen Konferenzkreisen verfolgt man, wie der Sonderkorrespondent des „Soz. Presseblattes“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, die gegenwärtigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Chamberlain und Briand sowie der belgische Außenminister Vanderveerde lassen sich regelmäßig genauen Bericht über die Vorgänge in der Deutschnationalen Partei erstatten. Es ist schon fühlbar, daß die Hege der deutschen Reichspresse gegen die Ruhrpolitik Stresemanns und das Drängen der Deutschnationalen auf eine nochmalige Erörterung der Kriegsschuldfrage in Locarno gewisse Wirkungen ausgeübt hat, die die Stellung der deutschen Delegation gerade nicht erleichtern. Am ersten Konferenztag haben die Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens in Privatgesprächen, als sie gefragt wurden, ob sie bezüchteln, daß die deutsche Delegation in Locarno versuchen würde, auf die Kriegsschuldfrage zurückzukommen, kategorisch erklärt, daß sie das für ausgeschlossen hielten, da andernfalls die ganze Konferenz scheitern könnte. Es wird besonders in englischen Kreisen betont, daß Chamberlain einschließen ist, wenn von deutscher Seite irgendwas versucht würde, während der Konferenz die Schuldfrage noch einmal aufzuwerfen, in nicht minder scharfer Form zu antworten, als er es jüngst anlässlich der Ueberreichung der Verbalnote in London getan hat. Im Zusammenhang damit verlautet bestimmt, daß Chamberlains mündliche Antwort, die er dem deutschen Botschafter Stäuber gab, noch energischer gehalten war als die schriftliche. Der englische Außenminister soll dem Botschafter gegenüber die Worte „Provokation“ und „wahrer Wahnsinn“ gebraucht haben, um die Wirkung der Verbalnote im Vorabend der Sicherheitskonferenz zu kennzeichnen. Seitdem nun inzwischen die neueste Berliner Rede des Grafen Westarp hier bekannt wurde, ist bei den Alliierten die Besichtigung stärker geworden, daß die deutsche Delegation unter dem deutschnationalen Druck sich verhalten lassen könnte, die Schuldfrage hier wieder anzuschneiden. In diesem Fall müßte man damit rechnen, daß die Alliierten eine gemeinsame Antwort erteilen, die für die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Weststaaten nicht weniger als glücklich wäre. Den der Verständigung feindlich gesinnten Elementen in Frankreich würde das Handwerk dadurch sehr erleichtert werden, wenn sie vor der öffentlichen Meinung und vor allem bei den künftigen parlamentarischen Verhandlungen darauf hinweisen könnten, daß die deutsche Delegation in Locarno sich dem Befehl der Deutschnationalen unterwerfen mußte.

Nach allem, was wir zuverlässig erfahren, besteht zwischen den Außenministern der Alliierten nicht die geringste Meinungsverschiedenheit über die gefährlichen Folgen, die eine Erörterung der Kriegsschuldfrage in Locarno haben würde. Jeder derartige Versuch dürfte als ein Sabotageakt bewertet werden und man scheint auf alliierter Seite nicht im geringsten geneigt zu sein, in diesem Punkt auf die sogenannten „inneren Schwierigkeiten“ des Kabinetts bisher Rücksicht zu nehmen.

München, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Deutschnationalen haben sich nach außen hin mit farblosen Resolutionen zum Sicherheitspakt begnügt. Intern aber wurde die Berliner Parteilassung von München aus scharf bekämpft, daß mit Rücksicht auf die Stimmung in den vaterländischen Kreisen im Süden jeder freiwillige Verzicht und jede Uebernahme irgendwelcher Bindung unterbleiben müsse, weil sonst das Ende der Parteilassung eintreten würde. Die Parteilassung wurde aufgefodert, wenn sie die Außenpolitik Stresemanns nicht mehr durchkreuzen könne, in die Opposition einzutreten, in welchem Falle die Partei einen neuen gewaltigen Aufschwung nehmen und bei den kommenden Reichswahlen endlich selbst die Macht an sich reißen und damit auch im Reich wieder ans Ruder kommen werde.

Eine Amnestievorlage der Stahlhelmregierung in Braunschweig, die ganz einseitig reaktionäre Weisungen von braunschweigischen Ministern für straflos erklärt, ist vom braunschweigischen Landtag mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden. Alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie wurden niedergestimmt. Die Stimmung der Bevölkerung in Braunschweig ist durch die Taten der Stahlhelmregierung in den letzten Monaten derart umgeschlagen, daß die Regierung in der Wählerchaft keine Mehrheit hinter sich hat.

mit ihm (Heilmann) treffe. Die Zusammenkunft habe im Café Bellevue stattgefunden, und zwar etwa um 1 Uhr mittags. Dabei sei über die kommunistischen Fragen, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht bekannt gewesen seien, nicht gesprochen worden. Seit dieser Zusammenkunft habe er mit Barmat weder mündlich noch telefonisch gesprochen. Von irgendeiner Beeinflussung könne daher absolut keine Rede sein.

Nachdem der Vorsitzende noch einmal sein Vorgehen gerechtfertigt hatte, bezeichnet Abg. Rüttler (Soz.) es als unverständlich, daß man an die Zukunft Heilmanns und Barmats Kombinationen knüpfte. Solche Kombinationen hätte man dann auch an die Besprechungen knüpfen können, die deutschnationalen Abgeordnete während der Verhandlung des Untersuchungsausschusses vor dem Ausschusszimmer mit Zeugen wie Klinghammer und Ruhmann gehabt hätten. — Abg. Schwering (Z.) erklärt, der Vorsitzende verdiene für sein Vorgehen zweifelsfrei die Befehlshaltung der Verhandlungen des Ausschusses nicht Kritik, sondern Dank. — Hierauf gibt der Berichterstatter Abg. v. Waldhausen (Dnat.) einen Ueberblick über die Tätigkeit des Ausschusses, der am 16. Januar auf deutschnationalen Antrag eingeleitet wurde. Es fanden 47 öffentliche Verhandlungen und 5 Vernehmungen statt; die stenographischen Berichte umfassen bereits 2700 Druckseiten.

Damit hatte der Vortrag des Hauptberichterstatters sein Ende gefunden.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: Bericht des zweiten Berichterstatters Dr. Badt (Soz.)

Deutschnationalen für Zwangswirtschaft.

Landwirtschaftsfragen im Hauptausschuss.

Der Hauptausschuss des Landtags nahm am Mittwoch einen Antrag an, der für die Rückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite Erleichterungen fordert. Diese Erleichterungen wurden auf die Forderung unserer Genossen hin an die Bedingung geknüpft, daß keine Gefährdung der Währung dabei eintreten dürfe. Die Verhandlung will der Landwirtschaft dadurch entgegenkommen, daß das erste Drittel bis zum 15. November, das zweite bis zum 10. Dezember und das letzte Drittel bis zum 1. Januar bezichtigt werden soll. Der Preussische Staat, der 80 Millionen gegeben hat, will im Restfall bis zum 1. Januar warten. Die Reichsbank hält grundsätzlich an der Rückzahlung bis zum 31. Dezember fest und gestattet nur in besonderen Fällen eine Hinausschiebung bis zum 31. Januar.

Angenommen wurde ferner ein Antrag der Deutschnationalen, dem realen Handel unter Bürgschaft der Gemeinden oder Kreise zum Ankauf von Kartoffeln ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag unserer Genossen erhalten die Verbrauchervereinigungen die gleiche Vergünstigung.

Die Agrarier, die mit Groß sehen, wie sich die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucher bei den Produkten der neuen Ernte, vor allem bei Getreide und Kartoffeln, zusehends vergrößert, wären heute froh, wenn die Kommünen wieder, wie zur Zeit der von denselben Agrariern verurteilten und verurteilten Zwangswirtschaft, wenigstens einen Teil der Kartoffelernte zu einem besseren Preis, als der Händler ihnen bietet, kaufen würden. Daher erlassen sie bereits große Aufrufe an die Verbraucher, doch ja Kartoffeln zu kaufen. Offen an die Hilfe der Kommünen zu appellieren, das erlaubt den Deutschnationalen ihre „Mittelstandspolitik“ nicht.

Rußland für den europäischen Frieden!

Tschitscherin strafft seine Enten Lügen.

Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Botschaft der vereinigten Sowjetrepubliken in Paris demontiert kategorisch die von einigen Pariser Blättern verbreitete Nachricht, daß der russische Volkskommissar der auswärtigen Angelegenheiten Tschitscherin bei seinem Aufenthalt in Warschau und Berlin Polen und Deutschland eine Militärallianz vorgeschlagen habe. Tschitscherin tritt das Dementi der Behauptung entgegen, die Sowjetregierung widerstehe sich einer französisch-deutschen Annäherung. Die vereinigten Sowjetrepubliken begrüßen jedes Abkommen, das geeignet sei, dem europäischen Frieden eine feste Grundlage zu geben. Nur in diesem Sinne habe sich Tschitscherin in Berlin und Warschau geäußert.

Macdonald besucht Berlin.

London, 7. Oktober. (Eil.) Ramsay Macdonald wird am Dienstag, den 13. Oktober, in Begleitung des ehemaligen Unterstaatssekretärs für die Kolonien, Lord Arnold, seine Rundreise durch Europa antreten. Macdonald wird Prag, Wien, Berlin und Brüssel besuchen.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Verteidigung des Reichsarbeitsministers.

Durch ein Unternehmerblatt.

Nahzu zwei Wochen brauchte die „D.Z.“ als potenziertes Unternehmerrganz, um zu der Veröffentlichung der Aktiennotiz Stellung zu nehmen. Nach einer langwierigen Einleitung, in der Bemühtes und Konuses durcheinander gemischt sind, behauptete die „D.Z.“, daß die Aktiennotiz den „sozialistischen Arbeiterführern“ längst bekannt war, die die Veröffentlichung jedoch zur Einleitung einer neuen Lohnkampagne kurz vor dem 1. Oktober vorgenommen hätten.

Diese eine Behauptung enthält drei handgreifliche Unwahrheiten. Erstens, daß man kurz vor dem 1. Oktober eine Lohnkampagne in die Wege geleitet hätte, womit zweitens gesagt sein soll, daß diese Lohnkampagne zum 1. Oktober eingeleitet worden sei, um das für dieses Datum angelegte Wunder der Preisentung zu verhindern, und drittens, daß die famose Aktiennotiz uns längst vorher bekannt gewesen sei.

Das ist nun die „objektive“ Darstellungsweise eines Unternehmerblattes. Das Unternehmerblatt geht sogar so weit, zu behaupten, daß bei der Veröffentlichung der Aktiennotiz die Verleumdung eine große Rolle gespielt habe. Und zwar folgert die „D.Z.“ das aus der Veröffentlichung der Aktiennotiz, in der wirklich nicht nur stand, daß Dr. Weisinger vom Reichsarbeitsminister die Veröffentlichung einer Broschüre über die Lohnpolitik gewünscht hat sondern daß die beiden Vertreter des Reichsarbeitsministers für diesen Vorschlag nach der Darstellung des Dr. Weisinger „vollste Interesse“ gezeigt hätten und daß „überhaupt erfreulicherweise festgestellt werden muß, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage wohl restlose Übereinstimmung (zwischen dem Vertreter der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und den Vertretern des Reichsarbeitsministers) bestand“. Diesen Teil der Veröffentlichung unterstreicht die „D.Z.“, um anderen den Vorwurf der Verleumdung machen zu können, ein Vorwurf, der somit auf sie selbst zurückfällt.

Es wird dann in dem Artikel noch ein unvollständiger Ausschnitt aus einem anderen Rundschreiben der Vereinigung gegeben, der das Gegenteil von der Aktiennotiz beweisen soll, und es wird schließlich ein Aufsatz zitiert, den Dr. Eißler veröffentlicht hat und in dem Anschauungen enthalten sind, die in einigen Punkten abweichen von den Anschauungen, die Dr. Weisinger in der Aktiennotiz dem Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium zuschreibt. In dem Uebereifer, das Reichsarbeitsministerium reinzuwaschen, unterlaufen der „D.Z.“ jedoch einige erhebende Eingeständnisse. Sie schreibt unter anderem:

„Daß Dr. Weisinger die Bitte des Ministerialdirektors Eißler, nichts Schriftliches über die Unterredung aus der Hand zu geben, nicht erfüllt hat, ist eine Angelegenheit, die wir hier nicht erörtern brauchen. Der Wunsch, den ihm nahestehenden Organisations eine Rechtfertigung seiner Tätigkeit in einer etwas gefährdeten Stellung zu liefern war wohl stärker als die notwendigen taktische Vorsicht... Daß die katastrophale Wirtschaftslage von der Unternehmerschaft besser erkannt wird als von den meisten Gewerkschaftsführern, und daß daher zwischen dem Arbeitgeberstand und dem Arbeitsministerium, dem die Volkswirtschaft auch kein Buch mit sieben Siegeln ist, weitgehende Übereinstimmung besteht, ist sicherlich kein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Und daß sich der Arbeitgeber, der Lohn-erhöhungen aus eigenem Interesse spezifisch gegenübersteht, in diesem Augenblick mit dem sozialen Reform des Reichstabinetts, das sich in der Durchführung einer Preisabbauaktion befindet, auf dem Wege der Lohnpolitik trifft, bedeutet noch keineswegs die Aufgabe der ministeriellen Selbständigkeit.“

Im Grunde haben wir selbst auch nicht viel mehr behauptet. Auch wir haben von vornherein angenommen und es auch gesagt, daß Dr. Weisinger die Jugendstimmung des Reichsarbeitsministeriums für sich möglichst auszunutzen gesucht hat. Wir sind durchaus der Meinung, daß der Unternehmerrganz, als er die Bitte des Ministerialdirektors, nichts Schriftliches aus der Hand zu geben, nicht erfüllte, es an der „notwendigen taktischen Vorsicht“ fehlen ließ.

Aber ist das etwa ein Beweis zugunsten des Reichsarbeitsministeriums? Oder ist die von der „D.Z.“ festgestellte „weitgehende Übereinstimmung“ zwischen der Vereinigung und dem Reichsarbeitsministerium ein zu dessen Verteidigung anzuführender mildernder Umstand? Spricht es etwa gegen die Aktiennotiz des Dr. Weisinger, wenn die „D.Z.“ feststellt, daß sich das Reichsarbeitsministerium und die Unternehmerrganz gegenüberständig „auf dem Wege der Lohnpolitik“ treffen, um die famose Preisabbauaktion zu rechtfertigen?

In der Hitze der Verteidigung ist der „D.Z.“ entgangen, daß die Unterredung Weisinger-Eißler am 8. August stattgefunden hat, also zu einer Zeit, wo selbst die Reichsregierung von einer „Preisentungaktion“ noch nichts gewußt hat. Man kann wohl zu der reichlich verpönten, aber nicht reichlich überlegten Verteidigung des Reichsarbeitsministeriums durch die „D.Z.“ sagen, was diese etwas superflüg von der Aktiennotiz des Dr. Weisinger sagt, nämlich, daß diese Verteidigung „die notwendige taktische Vorsicht“ vermissen läßt.

Der latente Konflikt im englischen Bergbau.

Den Zechenbesitzern Riesengeschenke, den Arbeitern Abzüge.

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Septemberrunde wurde an die englischen Kohlenbergwerke von der britischen Regierung über eine halbe Million Pfund Sterling an Unterzulagen gezahlt. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was ursprünglich für diesen Zweck vorgesehen war. Andererseits haben aber verschiedene Kohlenzeden Lohnreduktionen vorgenommen. Da die Einigung in dem drohenden Bergbaukonflikt auf der Grundlage abgeschlossen wurde, daß eine Lohnreduktion nicht eintreten, die Regierung bis zur Feststellung der wirtschaftlichen Lage im Kohlenbergbau den Zechenbesitzern Zuschüsse leisten soll, scheint somit der Erfolg der Bergarbeiter doppelt in Frage gestellt.

Hierzu wird uns von Steiger G. Werner geschrieben:

Am 30. Juli d. J. ging in England der Tarifvertrag für den Bergbau zu Ende und man rechnete mit einem schweren Bergarbeiterstreik. Da griff die Regierung ein und gewährte dem Bergbau staatliche Zuschüsse, um den Weiterlauf des Tarifvertrages für einen Zeitraum von neun Monaten zu ermöglichen.

Der englische Tarifvertrag ist ein Manteltarif, der bestimmt, welche Grundätze bei der Errechnung der Lohnhöhe in den einzelnen Bezirken zu befolgen sind. Die Löhne werden bezüglich geregelt. Für alle Bezirke sind Mindestlöhne festgesetzt, die unter allen Umständen gezahlt werden müssen. Der Lohn

setzt sich zusammen aus einem Standard- oder Basislohn, meistens der Satz, der in dem Bezirk bisher der Ausgangspunkt für Lohnverhandlungen war. Hierzu tritt ein prozentualer Zuschlag, dessen untere Grenze festgelegt ist und die nicht unterschritten werden darf, auch wenn das Revier mit Zuschüssen arbeitet. In dem für das ganze Reich geltenden Manteltarif wird eingehend bestimmt, in welcher Weise in den Revieren die Ueberschüsse zu ermitteln sind. Diese werden im Verhältnis von 88:12 zwischen Arbeitern und Besitzern verteilt. Da jedoch gegenwärtig keine Ueberschüsse erzielt werden, hat sich die Regierung mit der theoretischen Frage, wie sich ihre Bestimmungen über die staatlichen Zuschüsse in Grenzfällen auf den Manteltarif eventuell auswirken könnten, nicht befaßt, sondern ist einfach von der vorhandenen Notlage ausgegangen. Die Regierung erklärte sich bereit, die zur Zahlung des Mindestlohnes fehlenden Beträge aus Staatsmitteln zuzuschießen.

In den von der Regierung erlassenen Bestimmungen wird ferner gemäß gelegt, die Zahlung erfolgt nur an jene Betriebe, die sich bereit erklären, den geltend gemachten Manteltarif und die bezirklichen Tarifverträge für neun Monate unverändert bestehen zu lassen. Die Zuschüsse werden nicht an das einzelne Werk gezahlt, sondern an den Bezirk auf Grund einer Bezirksabrechnung gegeben.

Die Ermittlung der Höhe des Zuschusses geschieht in der folgenden Weise: Von den gesamten Einnahmen werden wie bisher sämtliche Betriebsausgaben exklusive Löhne abgezogen. Von dem Rest erhielten bisher die Arbeiter den Standardlohn, die Unternehmer $\frac{12}{88}$ dieses Standardlohnes zur Deckung von nicht reinen Betriebsausgaben. Der dann noch verbleibende Rest wurde im Verhältnis von 88:12 auf Arbeiter und Unternehmer verteilt; unbedingt mußte jedoch die garantierte Mindestlohnsumme gegeben werden. Nach der neuen Regelung erhalten die Arbeiter wie bisher die Mindestlöhne, die Unternehmer erhalten dagegen einen festen Betrag von 1 Schilling 3 Pence = 1,25 M., vorausgesetzt, daß bei der üblichen Berechnung dieser Betrag überschritten worden wäre. Wird nach der üblichen Berechnung dieser Betrag unterschritten, erhalten sie nur diesen geringen Satz.

Welche Summen als Zuschuß in Frage kommen, zeigt nachstehende Aufstellung, die die geschätzten Zahlen der wichtigsten Reviere für August enthält:

Schottland: Basislohn 12 Mill. M., 49,22 Proz. Zuschuß = 5,94 Mill. M. Northumberland: Basislohn 4,6 Mill. M., 49,37 Proz. Zuschuß = 2,46 Mill. M. Durham: Basislohn 14 Mill. M., 47,16 Proz. Zuschuß = 6,58 Mill. M. Süd-Wales: Basislohn 34 Mill. M., 24,26 Proz. Zuschuß = 8,16 Mill. M. Yorkshire u. Midland: Basislohn 52 Mill. M., 11,32 Proz. Zuschuß = 5,92 Mill. M. Lancashire: 18 Mill. M., 20,72 Proz. Zuschuß = 3,76 Mill. M. Nord-Wales: 2,4 Mill. M., 28,53 Proz. Zuschuß = 0,7 Mill. M. Die Konsequenzen, die diese Zuschüsse nach sich ziehen, müssen ganz außerordentliche sein.“

Verhandlungen bei Wassei-Schwarzkopff.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Belegschaft der Firma Wassei-Schwarzkopff beschäftigte sich am Mittwoch mit der Situation, die durch die Auslieferung anlässlich des Streiks der Werkmeister geschaffen ist. Im Laufe der Konferenz wurde durch die Firma mitgeteilt, daß sie gewillt ist, mit den anwesenden Organisationsvertretern in eine Aussprache zu treten. Sämtliche Organisationsvertreter sowie der Betriebsrat kamen dieser Einladung nach. Im Laufe dieser Verhandlungen erklärte die Direktion, keine bindenden Zusagen machen zu können, sich aber mit ihrer Generaldirektion wegen der Beilegung des Konflikts in Verbindung zu setzen. Am Donnerstag bzw. Freitag sollen dann die endgültigen Verhandlungen gepflogen werden.

In der anschließenden Versammlung der Belegschaft berichtete Kraak vom Deutschen Metallarbeiter-Verband neben organisatorischen Angelegenheiten über die Veränderung der Situation. Die Verammelten beschloßen, in einer neuen Versammlung am Sonntag, in der ebenfalls wieder alle Organisationsvertreter des Metallartikels und des DWA. vertreten sein werden, zu dem dann vorliegenden Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Es besteht die Aussicht, daß die Verhandlungen zu einer Beilegung des Konflikts führen werden, sofern nicht die Direktion in bezug auf die Einstellung der streikenden Werkmeister als auch der ausgesperrten Arbeiter einen schärfmackerischen Standpunkt einnehmen wird. Das würde zu einer Verlängerung des Kampfes führen, die gewiß nicht im Interesse der Firma liegt.

Zum Streit im Eisen- und Stahlgroßhandel.

Mit allen nur denkbaren Mitteln versuchen die Unternehmer des Eisen- und Stahlgroßhandels die streikenden Arbeiter gefügig zu machen. Es ist ihnen gelungen, eine organisierte Streifbrechergarde in die Betriebe zu bekommen. Jeden Morgen marschieren solche ein Trupp von der Wache in der Beustellstraße bis zur Siedingerstraße. Der Firma Thysse ist es ebenfalls gelungen, eine Anzahl minderwertiger Objekte als Streifbrecher zu gewinnen. Laut Anschlag in den Betrieben wird den Angestellten dieses Betriebes mit Entlassung gedroht, wenn sie mit den streikenden, um ihre Existenz ringenden Arbeitern überhaupt nur sprechen. Der Firma Ravené gelang es gleichfalls einen kleinen Trupp solcher Elemente in den Betrieb hineinzubekommen. Es fällt dieser Firma aber schwer, arbeitswillige Arbeiter zu erhalten. Handlungsgeschäften werden gezwungen, diese Arbeit zu verrichten. Sie werden getreulich von Schuppleuten begleitet.

Alle diese Mittel haben jedoch nicht vermocht, die Streikenden ungeduldig oder gar wankelmütig zu machen. Mit diesen Stützen der Gesellschaft sind die Betriebe nicht aufrecht zu erhalten. Die Streikenden nahmen in einer Versammlung am Mittwoch zu diesen Dingen Stellung. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie ungeduldet dieser bedauerlichen Vorgänge nach wie vor im Kampf um ihre berechtigten Forderungen aushalten.

Die Lohnbewegung der Töpfer.

In einer Versammlung der Töpfer am Montag im „Dresdener Kasino“ berichtete der Brandenleiter John, daß die Töpfermeister es abgelehnt haben, in irgendwelche Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne und Abforde zu treten. Die angebotenen Verhandlungen können somit als gescheitert betrachtet werden. Die Versammlung beauftragte nach kurzer Diskussion ihre Organisation, den Baugewerksbund, umgebend den Schlichtungsausschuß zur Regelung des Streites anzurufen.

Rücksichtslosigkeit bei der Reichsbahn.

Ein Eisenbahner schreibt uns: Bei der Reichsbahn bestehen zwei Pensionsklassen, A und B. Bei A handelt es sich um die Invalidenversicherung, bei B um eine Zusatzversicherung. Bei der Anstellung als Beamter wird die B-Versicherung überflüssig, da nach zehnjähriger Anstellung Beamtenpension gewährt wird. Die

meisten der neuen Beamten bleiben in der A-Klasse, um ihre bis zur Anstellung geleisteten Beiträge nicht verfallen zu lassen. Diese Beiträge betragen bisher 80 bis 100 Pf. monatlich. Die Beiträge zur Weiterversicherung als freiwilliges Mitglied wurden jetzt rückwirkend ab August auf 5 M. monatlich erhöht, laut Bekanntmachung vom 28. September. Bei der Gehaltszahlung für Oktober wurden die rückwirkend erhöhten Beiträge im Betrage von 14,60 M. mit einmal abgezogen.

Man hat so schon zu rechnen, wie man mit dem geringen Gehalt zurecht kommen soll. Entweder mußten die höheren Beiträge schon ab August abgezogen oder aber nachträglich auf zwei Gehaltszahlungen verteilt werden, da ja etwaige Gehaltszulagen auch nicht rückwirkend gezahlt werden. Der rücksichtslose Abzug hat bei den Beteiligten böses Blut gemacht. Kleinigkeiten — aber eine kommt zu der anderen.

Zur Tarifbewegung in der Metallindustrie.

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, wird uns geschrieben:

Der in der Nr. 474 des „Vorwärts“ abgedruckte Versammlungsbericht schildert durchaus zutreffend den Verlauf und die Stimmung der Versammlung der Kfz-Funktionäre vom Dienstag. Lediglich der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, daß der Zentralverband der Angestellten sich entschlossen hat, seine endgültige Stellungnahme erst in einer neuen Funktionärversammlung zu fassen, die zum Donnerstag, den 18. Oktober, einberufen worden ist. Die Einberufung dieser neuen Funktionärversammlung ist zum Teil darum notwendig, weil eine große Zahl maßgebender Funktionäre am Dienstagabend durch Teilnahme an politischen Veranstaltungen verhindert war.

Lohnabkommen in der Filmindustrie.

Zwischen den Arbeitgeberverbänden und dem Arbeitnehmer-Lohnkartell in der Filmindustrie ist für die Zeit vom 1. Oktober bis 5. Dezember d. J. ein neues Lohnabkommen getroffen, das die bisherigen Löhne um 10 Proz. erhöht. Hiernach stellen sich die Spitzenlöhne für männliche gelernte Facharbeiter auf 1 M., weibliche 75 Pf., männliche Bühnenarbeiter auf 90 Pf., weibliche auf 67 Pf., angeleitete männliche Arbeiter 80 Pf., weibliche 60 Pf., für alle übrigen 70 Pf., weibliche 58 Pf. Mit diesem Lohnabkommen beschloß sich eine Versammlung aller in der Filmindustrie Beschäftigten, die am Dienstagabend in den Musikerveranstaltungen in der Kaiser-Wilhelm-Straße tagte.

In seinem Referat betonte Schiemann, daß das Lohnabkommen unbedingt als Erfolg zu buchen sei. Aber größere Erfolge seien nur dann zu erzielen, wenn es möglich sei, die Organisation der in der Filmindustrie Beschäftigten zu stärken und für eine geschlossene Front der Arbeitnehmer zu sorgen.

Die „Opposition“ richtete sehr scharfe Angriffe gegen den Kartellvorstand. Er war ihnen nicht „radikal“ genug. In zwei Anträgen verlangten sie, daß das Lohnkartell neu zusammengesetzt werde, ferner erhoben sie Protest gegen das Lohnabkommen, weil es ohne vorherige Befragung der Mitglieder abgeschlossen sei. Beide Anträge wurden zur weiteren Behandlung der „Filmgewerkschaft“ überwiesen.

Weiberklatsch in der „Berliner Hausfrau“.

Im Hause der Zeitung „Berliner Hausfrau“ wurden sämtliche Reinmachefrauen gekündigt. Als sie an zünftiger Stelle nach dem Grunde der Kündigung fragten, wies man sie an den Pförtner. Der wisse Bescheid, hieß es.

Die Frauen stellten den Pförtner zur Rede. Es gab eine Auseinandersetzung, die sich nicht gerade in parlamentarischen Formen vollzog. Der Pförtner nannte die Vorsitzlerin der Frauen ein gemeines Weib. Natürlich bekam er darauf eine Antwort, die in keinem Komplimentenbuch zu finden ist. Aber über den Grund der Kündigung blieben die Beteiligten im Unklaren. Die Frauen wurden entlassen. Nur eine von ihnen wußte, daß es gegen willkürliche Entlassungen einen Rechtsweg gibt. Sie erhob mit Erfolg Einspruch beim Betriebsrat und Klage beim Gewerkegericht. Hier sollte nun der Entlassungsgrund festgestellt werden. Es würde nichts als unbegründeter Klatsch gegen die Klägerin angeführt. Sie sollte ihre Arbeit nicht lauer ausgeführt haben, behauptete eine von der Firma gestellte Zeugin. Dagegen konnte eine andere Zeugin angeben, die Arbeit der Klägerin sei den anderen Reinmachefrauen von der Hausmeisterin als Muster hingestellt worden. Die Klägerin soll während der Arbeitszeit geredet haben, wurde behauptet, aber gesehen hatte es niemand. Schließlich trat noch eine Zeugin mit der Behauptung auf, es sei ihr gesagt worden, die Klägerin sei für alle Männer zu haben. Die Klägerin verlangte zu wissen, wer das gesagt habe. Die Zeugin wollte es von im Hause beschäftigten Arbeitern gehört haben. Sie behauptete aber, sie wisse nicht, wer es ihr gesagt habe.

Nachdem sich so herausgestellt hatte, daß nichts als elender Klatsch zur Begründung der Entlassung angeführt werden konnte, verurteilte das Gericht die Beklagte, die Klägerin wieder einzustellen oder sie mit 75 M. zu entschädigen.

Anglo-russische Einigkeit.

In unserer Morgenausgabe vom 1. Oktober veröffentlichten wir eine Notiz aus dem Soz. Pressedienst, in der ein Artikel des „Daily Herald“ über die russischen Gewerkschaften zitiert war. Die „rote Fahne“, die von sich auf andere schläft, behauptet, wir hätten diesen Artikel erfunden. Nachdem wir uns überzeugt haben, daß tatsächlich am 13. September, einem Sonntag, der „Daily Herald“ nicht erschienen ist, womit also ein Irrtum vorliegen muß, haben wir den Soz. Pressedienst ersucht, dem Irrtum nachzugehen. Wir werden unsere Leser informieren, sowie uns die entsprechende Aufklärung zugeht.

Deutscher Baugewerksbund, Kadertypus der Wpfer. Am Freitagabend 6 Uhr bei Köpenick. Neue Kreisberichte. 1. Vertrauensmännerkonferenz. Besprechung: Unsere Lohnbewegung. Im Reinbergersaal ist für Einzug zu lassen. Die Nachtragsversammlung. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin (Bericht 5 Friedrichshagen). Heute abend 6 1/2 Uhr im „Kreisklub“, Berlin O., Friedrichstr. 26a, Bezirksversammlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Catermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede. Götzen; Familien: R. J. Scherer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karbach; Anzeigen: H. Glöck; Künstlich in Berlin. Berlin: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Verlag Bornstr. 26a, Berlin. Postamt: Paul Eiser u. Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Witz“ und „Jugend-Vorwärts“.

Wählen Sie
Wibund-Gutscheine
dann erhalten Sie
eine prächtige Bonbonniere

Vorsicht beim Einkauf von Palmir!

Es werden vielfach Nachahmungen mit ähnlich klingenden Namen unterschoben. Palmir nur echt, wenn auf dem Etikett der Namenszug *Pf. Schlinck* steht!

Wie wählt der städtische Arbeiter?

Aus der Geschichte sozialdemokratischer Arbeiterpolitik in den Gemeinden.

50 000 städtische Arbeiter und Angestellte einschließlich der Beschäftigten in den städtischen G. m. b. H. und Aktiengesellschaften wählen am 25. Oktober zur Stadtverordnetenversammlung. Mit ihren Angehörigen ein Heer von annähernd 100 000 Wählern. 1 1/2 Duzend Parteien bewerben sich bei den bevorstehenden Wahlen um die Stimmen der Arbeiter und Angestellten. Es ist notwendig, an der Hand der Geschichte der Berliner Kommunalpolitik festzustellen, welche Parteien für sich das Recht in Anspruch nehmen können, als Vertreter der städtischen Arbeiterschaft bezeichnet zu werden.

Erste Arbeiterpolitik in der Gemeinde.

Bis zum Jahre 1883, dem Jahre, in dem zum ersten Male Sozialdemokraten in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einzogen, war die Behandlung von Arbeiter- und Angestelltenfragen durch die Stadtverordnetenversammlung unbekannt. Trotzdem Berlin schon damals in seinen Werken und Kammereibetrieben viele Tausende Arbeiter und Angestellte beschäftigte, hielten es die Vertreter des Bürgertums unter ihrer Würde, die Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten zum Gegenstand von Erörterungen im Stadtparlament zu machen. Bezeichnend ist, daß noch im Jahre 1892 ein Führer der bürgerlichen Fraktionen, der Stadtverordnete Reger I., erklärte, daß es unmöglich Aufgabe der Gemeindeverwaltung sein könne, sich über die Löhne und Arbeitsbedingungen der untergeordneten Domestiken der Stadt zu unterhalten. Von irgend welchen Grundfragen in bezug auf Lohnpolitik, Arbeitszeit, soziale Einrichtungen usw. war keine Rede; der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ gegenüber den Tausenden von Arbeitern und Angestellten galt als selbstverständlich. Die städtischen Arbeiter und Angestellten mußten demütig das entgegennehmen, was ihnen von den Vätern der Stadt wohlwollenderweise gewährt wurde. Mit dem Eintritte der Sozialdemokratie in die Stadtverordnetenversammlung änderte sich das Bild. Neben den allgemeinen großen Gesichtspunkten sozialdemokratischer Gemeindepolitik war das Spezialgebiet der Arbeiterpolitik in allen ihren Einzelheiten Gegenstand von Anträgen der jungen sozialdemokratischen Fraktion. Bei jeder Stadtsitzung und bei allen sich bietenden Gelegenheiten hielt es die kleine sozialdemokratische Fraktion für ihre Pflicht, die Interessen der Arbeiter und Angestellten der Stadt wahrzunehmen, und als im Jahre 1898 die Organisation der Gemeindegewerkschaften geschaffen wurde, war es die sozialdemokratische Fraktion, die mit allem Nachdruck die Forderungen und Wünsche der Organisation dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung gegenüber vertrat. In hundert von Anträgen hat die Fraktion im Laufe ihrer mehr als 40jährigen Tätigkeit im „Nollen Hause“ ihre programmatischen Forderungen zur Arbeiterpolitik in der Gemeinde vertreten. Die erste Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindegewerkschaften der Provinz Brandenburg, abgehalten in Berlin, im Jahre 1898, stellte programmatische Grundzüge für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten auf.

Alle die sozialen Einrichtungen, die heute in den Gemeindebetrieben für die Arbeiter und Angestellten bestehen und als etwas Selbstverständliches angesehen werden, sind im allerschwersten Kampfe, mit Unterstützung und durch die sozialdemokratische Fraktion, dem Berliner Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung abgerungen worden. Die Koalitionsfreiheit, heute ebenfalls etwas Selbstverständliches, war damals in den städtischen Betrieben unbekannt. Immer wieder mußte sich die Fraktion gegen die Bestrebungen der Betriebsleitungen wenden, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur und Tätigkeit für die Organisation zu mahregeln. Wenn vom Magistrat, dem Oberbürgermeister auch versichert wurde, die Stadt denke nicht daran, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden, so stand diese Erklärung im Widerspruch zu den Handlungen der Betriebsleitungen. Nur nach und nach gelang es der Fraktion, die Mahregelungen der Beamten einzudämmen. Der ausschließlich aus Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammengesetzte Magistrat lehnte jede offizielle Verhandlung mit Vertretern der Organisationen ab. Dies traf selbstverständlich auch auf die Betriebsleiter der städtischen Unternehmungen zu. Die sozialdemokratische Fraktion, wir nennen hier besonders die verstorbenen Genossen Singer und Bergmann und die heute noch tätigen

Genossen Hingje, Wegl und Jubell, um nur einige Namen zu nennen, haben in jener schweren Zeit die Interessen der städtischen Arbeiter auf das wärmste und entschiedenste vertreten.

Lohnfragen und Arbeitszeit.

Bis zur Revolution und heute wieder erneut war und ist die Lohnfrage stets Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung. Die Anträge der Organisationen fanden stets die verständnisvollste Unterstützung der Fraktion. Es sei hierbei daran erinnert, daß zum erstenmal im Jahre 1886 der Genosse Goerck die Forderung nach auskömmlicher Bezahlung der Gemeindegewerkschaften erhob. Er beantragte, die Stadtverordnetenversammlung solle beschließen, den Magistrat aufzufordern, den Mindestlohn für die städtischen Arbeiter auf 3 Mk. pro Tag festzusetzen. Der Antrag wurde damals durch die bürgerlichen Fraktionen abgelehnt, die zwar immer erklärten, im Wohlwollen sich von niemand übertrumpfen zu lassen, bei der Probe auf das Exempel aber stets versagten. Auch heute ist bei den Entscheidungen in Lohnfragen die sozialdemokratische Fraktion die sicherste und bewährteste Vertreterin der städtischen Arbeiter und Angestellten. Die gegenwärtige Lohnbewegung in den städtischen Betrieben, in der die bürgerlichen Parteien fast geschlossen sich gegen eine mäßige Erhöhung der Arbeiterlöhne wenden, bekräftigt dies aufs neue. Die Arbeitszeit betrug beim Eintritte der Sozialdemokratie in die Stadtverordnetenversammlung normal 10 Stunden, in der Parteiverwaltung 11 bis 12 Stunden, in den Gaswerken war die 18- und 24stündige Wechsellage die übliche. Die Arbeitszeit in den Pflegeanstalten und auf den Gütern war überhaupt unbegrenzt. Besonders in den Pflegeanstalten haben die Genossen Dr. Wegl und Dr. Jabetz sich stets für eine menschenwürdige Existenz des dort beschäftigten Personals eingesetzt. Im hartnäckigsten Kampfe hat die Fraktion, gemeinsam mit der Organisation, es erreicht, daß bis zum Jahre 1914 für die Schichtarbeiter der Gaswerke und für den größten Teil der Straßenreiniger die 8stündige Arbeitszeit, für die übrigen Arbeiter, abgesehen von den Pflegeanstalten und Gütern, die 9stündige Arbeitszeit eingeführt wurde.

Die Schaffung sozialer Einrichtungen.

Ein besonderes Kapitel war die Einführung von sozialen Einrichtungen für die städtischen Arbeiter und Angestellten (Krankenlohn, Urlaub, Alters- und Invalidenversicherung, Arbeiter-Vereine, hygienische Einrichtungen in den Betrieben). Die Bewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld im Krankheitsfälle ist, entsprechend den wiederholten Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion, zum ersten Male im Jahre 1901 durchgeführt worden und zwar bis zur Dauer von 4 Wochen. Die sozialdemokratische Fraktion hat jährlich, jahraus am Ausbau dieser Bestimmungen gearbeitet. Im Laufe der 24 Jahre beantragte die Fraktion wiederholt die Gewährung von Sommerurlaub an städtische Arbeiter. 1902 gelang es endlich, zum ersten Male dem Antrag Geltung zu verschaffen. Der Antrag Hingje, allen Arbeitern, die länger als ein Jahr bei der Stadt beschäftigt seien, Urlaub zu gewähren, wurde abgelehnt. Zur Annahme kam ein Antrag, der den städtischen Arbeitern nach längerer Dienstzeit einen Urlaub von einer Woche gewährte. Die Verlängerung des Urlaubs und die Verkürzung der Wartezeit ist mit in erster Linie der sozialdemokratischen Fraktion zu danken. Interessant ist, daß damals der Stadtverordnete Wallach seine ablehnende Haltung damit begründete, daß bei Annahme dieser Vorlage auch die Ruhmzüge auf den Gütern Urlaub erhalten würden! — Heute ist dies selbstverständlich. Schon im Jahre 1888 forderte Genosse Singer die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung an die städtischen Arbeiter und Angestellten. Die wiederholten Anträge verfielen der Ablehnung durch die bürgerliche Mehrheit. Ein Antrag der Fraktion wurde im Jahre 1897 von der Stadtverordnetenversammlung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dem fortgesetzten Drängen der Fraktion nachgebend, beschloß im Jahre 1899 die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat um eine Vorlage wegen Einrichtung einer Pensionskasse für die städtischen Arbeiter zu ersuchen. Die langwierigen Verhandlungen führten dann am 9. Mai 1901 zu dem Gemeindebeschlusse über die Bewilligung

von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen ohne Beitragsleistung der Arbeiter. Die Forderungen, den städtischen Arbeitern einen Rechtsanspruch auf diese Einrichtung zu geben, scheiterten immer wieder am Widerstand des Magistrats und der bürgerlichen Mehrheit, bis endlich nach der Revolution die sozialistische Mehrheit diese Forderung zur Durchführung brachte. Besonders energisch vertrat die Fraktion die Frage der Schaffung von Arbeitervertretungen in den Betrieben. Zahlreich wurden die Forderungen auf Errichtung von Arbeiterausschüssen auf Grund des § 137 d der G.D. erhoben. Es hat eines Kampfes von fast zwei Jahrzehnten bedurft, um die Arbeiterausschüsse, die Vorläufer der Betriebsräte, in den Gemeindebetrieben durchzuführen. Die Schaffung einer Arbeitsordnung, des Arbeitsnachweises für städtische Arbeiter, sowie das gesamte Gebiet des sozialen Arbeitsverhältnisses hat durch die sozialdemokratische Fraktion stets Unterstützung und Förderung erfahren, und wie im alten Berlin, so waren bis zur Bildung der Einheitsgemeinde in Charlottenburg, Reutchen, Lichtenberg, Schöneberg, Spandau, Köpenick, kurz, in allen Vororten die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher die einzigen Vertreter der Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten.

In der Zeit nach der Revolution hat die Partei bis auf den letzten Tag die Forderungen, die die städtischen Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen im Rahmen des Möglichen und Notwendigen erhoben haben. Bei der Umwandlung der städtischen Betriebe in G. m. b. H. und Akt.-Ges. hat die Fraktion mit Erfolg die Aufrechterhaltung der Rechte der Arbeiter in bezug auf Lohn, Hinterbliebenenversicherung, Urlaub usw. vertreten. Daß die städtischen Betriebe in der schweren Zeit der Inflation nicht dem Priorkapital ausgeliefert wurden und auch in der umgewandelten Form rein städtische Betriebe geblieben sind, ist der Sozialdemokratie zu verdanken. Als bei Beendigung der Inflation der Ansturm auf die achtstündige Arbeitszeit auch in den Gemeindebetrieben unternommen wurde, hat die Fraktion, entsprechend ihren Grundfragen, sich mit allem Nachdruck für die Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit eingesetzt. Dem Eintritte der sozialdemokratischen Ausschussratsmitglieder ist es zu verdanken, daß in den Gas- und Wasserwerken im Herbst 1924 die achtstündige Arbeitszeit wieder zur Einführung kam.

Durch den Abbau sozialdemokratischer Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder, bei dem die Kommunisten aus rein parteipolitischen Gründen ohne Rücksicht auf das Wohl der Arbeiterschaft mit den Deutschnationalen Hand in Hand gingen, sind die städtischen Arbeiter und Angestellten bei der Vertretung ihrer Interessen auf das schwerste benachteiligt worden. Durch den Ruf nach der Einheitsfront am 25. Oktober will die K.P.D. die schweren Sünden verdecken, die sie auch kommunalpolitisch zum Schaden des Proletariats in den Jahren 1921 bis jetzt begangen hat. Wie in den drei Jahrzehnten sozialdemokratischer kommunalpolitischer Tätigkeit vor der Revolution die bürgerlichen Parteien sich gegen die städtischen Arbeiter und Angestellten wandten, so auch heute noch. Die Wahrnehmung der Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten und damit die Erzielung dieses großen Heeres von Proletariats zu denkenden Arbeitern und Gewerkschaftern wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte der sozialdemokratischen Kommunalpolitik Berlins sein und bleiben.

Die städtischen Arbeiter und Angestellten und ihre Angehörigen wählen am 25. Oktober sozialdemokratisch.
Karl Polenske.

Keine neue Polizeiverordnung über Kraftdrohnenpreise. Durch die Presse geht eine Notiz, daß vom Polizeipräsidenten eine neue Polizeiverordnung vorbereitet werde, die eine einheitliche Preisregulierung für Kraftdrohnen durchzuführen solle. Wie wir dazu an zuständiger Stelle erfahren, ist diese Notiz wieder vom Polizeipräsidenten ausgegangen, noch ist dort von der Vorbereitung einer derartigen Polizeiverordnung nur das geringste bekannt.

Das unbegreifliche Ich.

54) Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

Eines Sonntags sah ich sie mit einem Tennisschläger unterm Arm und einem Netz mit weißen Bällen angegangen kommen. Sie trug einen langen saftigen Rock, der sich über den Knien bauschte. Eine dünne, weiße Wulst lag wie ein Schleier über einigen Spitzen und der schimmernden Haut. Es schwebte gleichsam ein Leuchten um Hals und Gesicht, so daß alle Linien weich und verschwommen wurden. Jede Bewegung war rund.

Ich sah sie vom Nacken aus. Ich verfolgte seine Linien von der Schulter an bis hinauf unter den gelben Haartnoten, und ich ahnte die Fortsetzung in ein edles Gesicht und eine edle Seele. Wie konnte ihre Stimme klingen? Wie waren ihre Augen? Waren sie blau mit tiefvioletterm Schein?

An ihrer Seite ging ein junger Mann in einem grauen Anzug, der fest am Rücken anschloß. Er ging leicht nach vorn gebeugt mit den Händen in den Hosentaschen und machte lange Schritte, als ob nichts auf der Welt ihm imponieren könnte. Ich kannte den Typ. Der war hin und wieder daheim in Samuelsen's Laden aufgetaucht und hatte gefragt, ob wir eine rauchbare Zigaretten hätten. Samuelsen pflegte stets über derartige Herren loszuprusten und ich bekam einen roten Kopf, denn sie sprachen mit einer Stimme, die höher lag, als ich für gewöhnlich zu hören gewohnt war.

Ich bekam es mit der Angst. Wie leicht konnte sie sich nicht in ihrem Schicksal irren und glauben, daß er es war, mit dem sie sich verheiraten sollte! Ich war arm und konnte noch nicht in ihre Nähe gelangen. Was sollte ich tun? Ich stand hilflos da.

An der Haustüre trennten sie sich. Sie nickte, und mir schien, als ob ich sehen könnte, wie die große Haarwelle über ihrer Stirn sich senkte, und wie ihre Augen darunter tiefer leuchteten, während sie den Kopf neigte.

Schnell setzte ich mich in Bewegung und holte den Herrn im grauen Anzug ein. Er trug ausgeschlagene Beinkleider, und das war es vielleicht, was seinem Gang eine vornehme Gleichgültigkeit verlieh. Ich ging rasch an ihm vorbei und wartete vor dem Schaufenster eines Ladens auf ihn. Ich sah in dem Spiegelglas die Gestalt herangejuchelt kommen,

und als er gerade neben mir war, drehte ich mich um und musterte ihn verächtlich.

Er hatte keine Augenbrauen, und sein Blick war scharf und nervös. Ein Zucken seines schmalen Mundes verriet, daß ich ihn beunruhigte. Ich wurde milder gestimmt, und wie um eine Erklärung für mein Benehmen zu geben, küßte ich den Hut und sagte: „Verzeihen Sie, Sie haben wohl nicht zufällig ein Streichholz bei sich?“ Ich zog eine Zigarette aus der Tasche.

„Ja, das ist vorhanden, bittet!“ sagte er mit einem leichten, spitzen Lächeln. Seine hellen Augen blinnten mich scharf an.

Ich machte schnell Feuer, bedankte mich und ging. Der Blick war wie eine Demütigung gewesen. Es war eine fremde Gesellschaftsklasse, die mich angesehen hatte.

Als ich nach Hause kam, war Samuelsen nicht da. Auf dem Tisch lag ein Zettel: „Ich komme erst morgen früh. Essen steht für dich im Schrank.“

Wo er hingefahren war, wußte ich nicht; doch ich ahnte, daß es einer seiner Sonntagsausflüge mit Frau Petersen sein mußte. Morgen würde er sich wie gewöhnlich die Hände reiben und sagen: „Ach, es wohnt sich doch famos in einem Hotel, aber es ist rasend teuer.“

Ich setzte mich mit einem Heft Buffalo Bill und einer Dose Tabak zurecht und vertrieb mir so den Nachmittag.

Als ich zu Abend gegessen hatte, fing ich an, seine Regale zu untersuchen; doch es waren keine von den mich interessierenden blauen und gelben theologischen Büchern vorhanden. In dem illustrierten Decameron hatte ich oft genug geblättert.

Ich ging in Samuelsen's Zimmer und wollte den neuesten Nil Carter hervorsuchen, als ich ein Lederalbum erblickte, das ich niemals vorher gesehen hatte. Ich öffnete es.

Eine Menge weiblicher Gesichter schauten aus den Blättern des Buches hervor, eine Photographie nach der anderen, und darunter standen Daten und Jahreszahlen: 7. 8. 1901 — 3. 5. 1902 — 9. 11. 1901 — 1. 2. 1902. Ich starrte lange auf die Gesichter. Da war Frau Petersen mit der hohen Frisur und dem hochmütigen Mund, und das Mädchenmädchen mit den dummen starren Augen; sie trug eine große Schleife an der Brust. Ich blätterte um. Acht neue Frauengesichter starrten mir entgegen. Ich kannte keine von ihnen, und keine von ihnen war so hübsch, schien es mir. Dann blätterte ich weiter. Da war Fräulein Lauritsen mit der spitzen, gepuderten Nase. Aber wo war Mutter? Sie war nicht dabei!

Gott sei Dank, es war kein Bild von ihr da und auch keine kompromittierenden Daten mit ihrer Schrift hingeschrieben, die so zynisch wirkten, weil sie so sorgfältig aufnotiert waren.

Ich durchblätterte noch einmal alle Blätter und wurde immer froher. Mutter war nicht dabei und keine von den anderen war hübsch. Mein Schreck ließ nach. Was ging das mich an, daß Samuelsen mit all den dummen Gans in Verbindung gestanden hatte! Wenn sie nicht hübscher waren, lag nichts Unheimliches in all dem Getue und Gekicher des Nachts.

Es war kein Bild von Mutter dabei. Was sollte sie auch zwischen diesen dummen Gesichtern mit den schmutzigen Blicken?

Ich kloppte überlegen das Album zu und legte es wieder auf seinen Platz. Darauf steckte ich die Lampe an und machte es mir mit dem letzten Nil Carter gemütlich.

Um die Mitternachtszeit klopfte es an der Küchentür.

„Wer ist da?“ fragte ich ängstlich.

Darauf hörte ich eine weibliche Stimme lachen.

„Hast du Angst, Waldemar? Das brauchst du wahrhaftig nicht. Ich bin's bloß, Klara!“

„Klara?“ rief ich aus.

„Ja, mach mal auf. Ich habe keine Lust hier draußen im Reckdunkeln zu stehen. Ich muß mit Herrn Samuelsen sprechen.“

Ich öffnete vorsichtig die Tür; doch sie drückte sie ganz auf und trat ungeniert näher. Sie hatte ein enganschließendes Jackett an und eine kleine Tasche in der Hand.

„Herr Samuelsen ist nicht zu Hause.“ sagte ich.

Sie blieb stehen und biß sich in die Unterlippe.

„Ach, das alte Ekel! Nun ist er nicht da, und ich sollte doch noch etwas Geld bekommen.“

Ich sah sie verständnislos an.

Dann reichte sie ihre ganze Gestalt, drehte sich auf den Hacken herum und lachte:

„Gott, wie bist du dumm! Glaubst du, ich würde sonst bei so 'nem Alken zu Besuch kommen!“

„Ist dir Samuelsen Geld schuldig?“

Sie richtete ihre schwarzen funkelnden Augen gerade auf mich und schüttelte lächelnd mit dem Kopf.

„Schuldig? Wenn er nicht hier ist, kann er mir auch nichts schuldig werden; aber ich muß zwei Kronen haben. Ich habe darauf gerechnet. Kannst du sie mir nicht geben?“

Ich lachte verlegen. (Fortsetzung folgt.)

„Die Wählerin“ liegt auf den Abholestellen

Apfel auf der Spree.

Es ist kurz nach 7 Uhr morgens und noch hängt der Himmel voll dichter Nebelschichten. Von der Weidendammerbrücke her beginnt merklich, von Minute zu Minute der stärker werdende Verkehr und das Jagen und Hasten. Nur über dem Wasser liegt noch tiefes Schweigen und leicht kräuseln sich die Wellen in dem schwachen Morgenwinde. Da naht prustend und dampfend ein kleiner Schlepper, zieht einen riesigen Kahn hinter sich her. Er legt an. Schon einige Röhre haben an der hohen Uferböschung Quartier aufgeschlagen und ein vorzügliches Wandrieren beginnt. Bald liegt der Reuling friedlich neben den anderen Holzröhren. Außen werden von kräftigen Männerhänden geöffnet und Körbe voll köstlicher Äpfel und Birnen kommen ans Tageslicht. Die alljährlich zur Oktoberzeit in Berlin erscheinenden „Apfelfähne“ sind angelangt und haben an den Ufern der Spree, an der Weidendammerbrücke und am Kupfergraben ihr Domizil aufgeschlagen. Vier volle Tage hat der Dampfer für die weite Strecke von etwa 450 Kilometern gebraucht, um von Nordböhmen die Elbe hinab bis zum Blauer Kanal, durch Handel und Spree die kostbare Last nach Berlin zu transportieren. Etwa 80 000 Zentner, manchmal sind es sogar bis 100 000, vermag der Holztafen je nach seiner Größe aufzunehmen. Hier lagert das Obst trocken und luftig in großen Räumen je nach der Qualität. Saftige Birnen, Williams, Salander und Kaiserkrone. Dort in bunter Folge appetitlich aussehende Äpfel, die bekanntesten Sorten, darunter Goldparmanen, Bostops und Reinetten. Schon nahen Fuhrwerke, Last- und Handwagen der Großisten und Straßenhändler, um die Früchte in Empfang zu nehmen. Und die Preise? Es sind so alle Qualitäten bis zur guten Mittelsorte vertreten, und der Zentner ab Kahn kostet 15 bis 45 Mark. Dieser ungewöhnlich hohe Preis, zu dem der Aufschlag des Großisten und Kleinhändlers hinzukommt, wird vielen den Genuss eines guten Apfels unmöglich machen. Natürlich soll wieder die schlechte Obsternie an der hohen Preisstellung schuld sein. Nordböhmen, das Berlin sonst mit billigem Obst versorgt, klagt über eine unter dem Durchschnitt stehende Mittelernte in Äpfeln. An Birnen soll sogar nur der zehnte Teil der Vorjahresernte gewonnen worden sein. Ob dem so ist, mag dahingestellt bleiben. Zentner auf Zentner verläßt den Kahn und oben stehen Schuttinder, um einige von den „Angebliffenen“ zu erhaschen.

Dein Religionsbekenntnis?

Die Frage nach dem Religionsbekenntnis ist durch die Reichsverfassung unterstellt. Warum aber wird bei der Personenstandsaufnahme, die zum Zweck der Steueranmeldung alljährlich im Herbst stattfindet, noch nach dem Religionsbekenntnis gefragt? Das erregt immer wieder Anstoß und Bedenken bei vielen der Haushaltungsvorstände, denen die Steuerbehörden die Haushaltungslisten zuschickt mit der Aufforderung, sich mit den vorgeschriebenen Angaben einzutragen. Die diesjährigen Listen sind den Haushaltungsvorständen gegen Ende September zugegangen und sollen in den nächsten Tagen zurückgeliefert werden. Im „Vorwärts“ ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Annahme, die Steuerbehörde dürfe nicht nach dem Religionsbekenntnis fragen, ein Irrtum ist. Gewiß, die Reichsverfassung untersagt diese Frage. Aber sie läßt eine Ausnahme zu, wo aus dem Religionsbekenntnis sich Rechte und Pflichten ergeben. Das gilt z. B. für die Reichssteueranmeldung, weil sie zugleich als Grundlage für die Kirchensteueranmeldung dient, soweit etwa noch eine Kirchensteuerpflicht besteht. Gewünscht wird, daß auch über den Kirchenaustritt genaue Angaben gemacht werden. Wir empfehlen, diesen Wunsch zu erfüllen. Aus dem Kirchenaustritt ergibt sich ja der rechtliche Anspruch, zur Zahlung einer Kirchensteuer nicht mehr herangezogen zu werden. Wer die gewünschten Angaben nicht macht, kann es erleben, daß er trotz längst vollzogenen Kirchenaustritts noch mit einer Kirchensteueranmeldung beauftragt wird und dann Einspruch erheben muß. Die Kirche hat immer noch das Vortrecht, daß sie keine Mitgliederlisten zu führen braucht und daß für sie Steuern sozusagen aufs Geratewohl gefordert werden können. Daß solche unberechtigten Kirchensteuerforderungen sogar trotz gemäßigter Lieferung der geforderten Angaben immer wieder irrtümlich noch vorkommen, ist im „Vorwärts“ an Beispielen oft genug gezeigt worden.

Das Autounglück am Lühowufer. Um den Sitzakurs des Chauffeurs.

Zu dem Prozeß gegen den Kraftwagenführer Neumann und den praktischen Arzt Dr. Silberberg wurde zunächst in der Vernehmung Neumanns fortgefahren. Neumann bestreitet, daß die Befundung einiger Zeugen, daß er sich auffällig und unvorsichtig im Fahren gezeigt habe und daß er im Sitzakurs gefahren sei, zutrifft. Alkohol getrunken habe er weder unmittelbar vor der Fahrt noch in den vorhergehenden Tagen. Das Gericht beschließt dann, eine Zeugin Weiersdorff heute zu laden, weil sie ausgesagt hat, sie habe wegen seines Sitzakurs mit Neumann einen Streit gehabt.

Darauf wurde der zweite Angeklagte, der praktische Arzt Dr. Max Silberberg, veranwortlich vernommen. Auf Befragen gibt er an, daß er erst seit November sein Auto selbst gefahren habe, nachdem er den Führerschein erhalten hatte. Bis zu dem Unfall sei ihm mit seinem Auto nie etwas passiert. Sein Chauffeur habe neben ihm gesessen. Zwischen der Bendlerbrücke und der Bentliner Straße habe er den Autoomnibus überholt, dabei aber ständig gehupt. Sein links von ihm stehender Chauffeur, der die Straße besser überjah, habe ihm bejaht, daß die Straße frei sei. Die Ueberholung war vor der Bentliner Straße beendet. Auf Befragen, daß nach den Untersuchungen seines Mercedes-Wagens an diesem Beschädigungen des Sicherungsringes der Radlappe und des Trittbrettes festgestellt worden seien, erwiderte der Angeklagte, daß er von einer Berührung nichts gemerkt hätte. Es wäre mit der technischen Möglichkeit zu rechnen, daß, als sein Wagen fast vorbei war, der Autoomnibus hinter ihm eine Schwentung nach rechts gemacht hätte, so daß das linke Vorderrad des Autoomnibusses an das Hinterrad seines Wagens angestoßen habe. Bei der Vernehmung der zahlreichen Insassen des Autoomnibusses, der nicht bejaht war, kam zur Sprache, daß der Chauffeur sehr unerfahren war. Ueber die Fahrlässigkeit des Führers spricht sich eine Reihe von Zeugen sehr abfällig aus. Schon an der Potsdamer Brücke wurde der Autoomnibus so scharf gebremst, daß die Fahrgäste durcheinandergestürzt wurden. Man hatte den Eindruck, als ob da schon ein Unfall passiert sei. Nach dem Einbiegen in das Schöneberger Ufer fuhr der Autoomnibus in sehr schnellem Tempo und vielfach sehr dicht an der Bordwand. Der Wagen fuhr auch im Sitzakurs. Sehr ungünstig für den Autoomnibusfahrer äußerte sich ein Major R. Der Sitzakurs erwecke bei ihm das Gefühl, daß der Fahrer betrunken gewesen sei oder fahruntüchtig. Deshalb habe er die Absicht gehabt, an der Haltestelle Bendlerbrücke abzufragen, weil er ein Unglück befürchtete. Der Wagen habe aber nur so kurze Zeit dort gehalten, daß er nicht zum Absteigen kam. Gleich hinterher passierte das Unglück. Der Zeuge selbst wurde schwer verletzt und hat jetzt noch an den Folgen zu leiden, so daß er vor Gericht nicht erscheinen konnte, sondern kommissarisch vernommen worden ist. Auch der Kraftwagenführer des Dr. Silberberg, der neben diesem saß, während der Angeklagte

das Auto steuerte, will keine Berührung beobachtet haben. Erst als der Wagen eine Strecke vorbei war, hörte er Klirren und Krachen und beim Umwenden sah er, daß der Omnibus umgekippt war. Dr. Silberberg ließ gleich an der Bordwand halten und ging zur Unfallstelle, um den Verwundeten zu helfen. Erst 20 Minuten später kam Neumann herbei und behauptete, daß er gerannt worden sei. Der Zeuge bestritt auch, daß das Auto des Dr. Silberberg infolge eines Zusammenstoßes habe halten müssen. Erst als er nach der Rückkehr von Dr. Silberberg den Motor wieder anfuhr, zeigte die elektrische Beleuchtung wieder eine Störung, die schon früher vorhanden gewesen war. Dr. Silberberg ließ abstellen, und als er dann nochmals starten wollte, funktionierte infolge Kurzschlusses der Motor nicht. Die Verhandlung wurde alsdann auf Donnerstag früh vertagt.

Wähler-Kundgebungen

heute, Donnerstag, den 8. Okt., 7 1/2 Uhr abends:

Lichtentrad: Waldrestaurant Rohmann.

Baumhulsenweg: Aula Gymnasium, Baumhulsenstraße.

Redner: Hermes, Eckardt, Lempert, Reimann.

Freitag, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Oberschneweide: Körners Blumengarten, Ostendstraße.

Reinickendorf-Ost: Hauptstr. 51 (Kleingärtner- und Siedler-Verammlung).

Redner: Wermuth, Wendt.

Tagesordnung:

„Der Rechtskurs in Deutschland und die Parteien!

Warum muß Berlin am 25. Oktober

sozialdemokratisch wählen?“

Wiederauftauchen des vermissten Chauffeurs.

Das ganze eine Geschichte mit Alkohol?

Die Nordkommission hat nunmehr durch Vernehmung eines Zeugen festgestellt, daß der Kraftwagen des Chauffeurs Polczynski in der Nacht zum Montag von einem Manne entführt worden war, der als ein Kellner namens Federmann ermittelt und nach dem Polizeipräsidenten gebracht wurde. Die Annahme, daß es sich wieder einmal um eine „betrunkene Geschichte“ handelt, scheint nicht ganz von der Hand zu weisen zu sein. Volle Aufklärung ist bald zu erwarten.

Federmann gibt zu, daß er in der fraglichen Nacht angebetrunken aus dem Kellerlokal gekommen sei und sich in das Auto gesetzt habe. Versehentlich müsse er dabei mit dem Fuß einen Hebel berührt haben, und da der Motor nicht abgestellt war, so setzte sich der Wagen sofort in Bewegung. Auf diese Weise kam er bis zum Landsberger Platz, wo der Motor verlagte. Als er sah, daß die anderen Chauffeure auf sein tolles Fahren aufmerksam geworden waren, sprang er rasch vom Wagen und verbarg sich im Friedrichshain. Als er dann beobachtete, daß die Polizeibeamten das Auto in Obhut genommen hatten, beruhigte er sich damit und ging davon. Er versichert, daß er sich nur einen Spah habe machen wollen und die Absicht des Diebstahls habe ihm völlig ferngelegen. In seiner Betrunktheit habe er sich gar nichts Böses gedacht. — Gestern nachmittag gegen 5 Uhr fuhr er nun auch der vermisste gewesene Kraftwagenführer Polczynski in seine Wohnung in der Beustestraße zurück. Der Mann, der am Sonntag mittag in bester Gesundheit und in fast neuer Kleidung vom Hofe seines Arbeitgebers abfuhr, ist in einem Zustand, der auf eine Störung des seelischen Gleichgewichts schließen läßt. Bei seiner Vernehmung durch die Kommissare war aus ihm kein vernünftiges Wort herauszubekommen. Genaue Aufklärung über seinen Verbleib wird man erst bekommen können, wenn er sich von seinem Abenteuer so weit erholt hat, daß er eingehend befragt werden kann.

Ein Jnder als Diebesfänger.

Schwierige Verständigung mit einem Einbrecher.

Mit einem neuen Trick arbeitete in der letzten Zeit ein Einbrecher, der unter merkwürdigen Umständen unschädlich gemacht werden konnte.

Der Spezialist kundschaffte aus, wo in den Vormittagsstunden die Frau eines Mieters allein in der Wohnung zu sein pflegte. Hier stellte er dann in den Briefkasten an der Wohnungstür einen Zettel, durch den der Wohnungsinhaber bei einer Strafe von 2 Mark aufgefordert wurde, sofort von dem zuständigen Postamt eine Bogenkarte abzuholen. Hierauf legte er sich auf die Lauer, um abzuwarten, was geschehen werde. Er fand die Frau den Zettel im Kasten und ging sie aus, um der Aufforderung nachzukommen, so öffnete der Aufpasser eiligst mit einem Ruckschlüssel oder Dietrich und stahl, was er für mitnehmerswert hielt.

So kam er auch jetzt wieder in eine Wohnung, die er für unbewohnt hielt. Er wußte nicht, daß ein Untermieter da war, ein indischer Student, der von der Toilette aus hörte, daß sich jemand in der Wohnung zu schaffen machte. Er glaubte aber, daß es seine Wirtin sei, weil er das Öffnen der Tür gar nicht wahrgenommen hatte. Als er nun das Zimmer betrat, sah er sich zu seiner größten Verwunderung einem fremden Manne gegenüber, der eilig dabei war, allerlei Sachen in einen ziemlich großen Handkoffer zu packen. Der Einbrecher war nicht viel weniger verblüfft als der Jnder. Es begann eine Unterhaltung, bei der Worte nur eine geringe Rolle spielten, denn der Jnder verstand von dem Deutsch

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 8. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5.30 Uhr abends: Wilhelm Busch. Rezitation: Charlotte Hagenbruch. 5.35—6 Uhr abends: Beethoven: Trio für zwei Oboen und englisch Horn. op. 87. Allegro moderato — Adagio menuetto — Finale. Presto (Wilhelm Siegemund, Karl Heinz Müller, Adolf Fritze). 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Geh-Rat Klingenberg: „Die Technik des Güterumschlags“. 7.25 Uhr abends: Prof. Sandkuhl: „Die juryfreie Kunstschau im Berliner Kunstleben“. 7.50 Uhr abends: Benno Marx: „Die deutsche Angestelltenbewegung“. 8.30 Uhr abends: Konzert. 1. a) Tschakowsky: Alles ist schlafen gegangen. Arie aus der Oper „Pique Dame“. b) Mascagni: Als Euer Sohn. Arie aus der Oper „Cavalleria rusticana“. c) Kienzl: O schöne Jugendtage, aus der Oper „Der Evangelimann“ (Jeanette Schwarz, Sopran). 2. a) Verdi: Pello Sklaven, ihr habe sie verhandelt, Arie aus der Oper „Rigoletto“. b) Bizet: Auf in den Kampf, Arie des Terro aus der Oper „Carmen“. c) Leoncavallo: Arie aus der Oper „Chatterton“ (Nicolai Melnikow, Bariton). 3. Tartini: Teufelstrillersonate (Max Rostal, Violine). 4. a) Pergolesi: Si tu m'ami. b) Grottschaninow: Birke, baillgetrossen. c) Tschakowsky: O Mutter, sing' mir die Weisen (Jeanette Schwarz). 5. a) Verdi: Arie des Gormont aus der Oper „La Traviata“. b) Leoncavallo: Romanze aus der Oper „Zaza“ (Nicolai Melnikow). 6. a) Mozart: Rondo, b) Wieniawski: Scherzo tarantelle. c) Schubert: Ballettmusik aus „Rosamunde“ (Max Rostal). Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler. 10 Uhr abends: Drittes Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

seines Gegenüber nicht viel, und der andere von ihm gar nichts. Durch Zeichen und Gebärden aber brachte es der Jnder doch endlich dahin, daß der Fremde den Koffer wieder auspackte und alles auf den Tisch legte. Dann wollte er sich mit dem leeren Koffer empfehlen. Das schien dem Jnder auch nicht richtig. Er suchte ihm beizubringen, daß es angebracht wäre, zu warten, bis die Wirtin wiederkomme. So hielt er den Eindringling hin, und unterdessen trafen die beiden Söhne der Wirtin ein. Diese führten eine etwas deutlichere Sprache, die der Fremde empfindlich zu fühlen bekam. Dann brachten sie den Mann nach der Polizei, die ihn als einen 32 Jahre alten arbeits- und wohnungslosen Mechaniker Georg Geese feststellte. Dem Ertappten konnten bereits 6 Einbrüche, die er auf diese Art vorbereitet hatte, nachgewiesen werden.

Der teure Bubenkopf.

Zu den Berufen, die die Schwantungen der Mode auf das genaueste beachten müssen, gehört das Friseurgewerbe. Um mit Neuheiten aufzuwarten, veranstaltete darum der Damenfriseur- und Perückenmacher-Gehilfen-Verein im Zoo einen Modeabend. Er war nur im kleinen Rahmen gedacht, aber die Beteiligung war eine derartig große, daß vorerst nicht einmal die Friseurpiegel ausreichten. Als diese in genügender Anzahl zur Stelle geschafft waren, traten 42 Konkurrenten in den Wettbewerb. Sie alle hatten Köpfe vor sich, mit denen, — vom Friseurstandpunkt aus —, etwas zu machen war. Die in Frage kommenden Damen waren entweder vom Fach oder standen ihm doch sehr nahe, das sah man an der geschickten Handhabung der Utensilien und merkte man an den wohlmeinenden Ratsschlägen. Paris besümmerte zurzeit den Bubenkopf mit Erfashten. Was bringt Berlin? Um das zu sehen hatten sich sehr viele Zuschauer eingefunden, die in staunenswerter Ausdauer, wie die Mauerer standen. Die Konkurrenz war in zwei Abteilungen geschieden, die eine frisierte eigenes, die andere falsches Haar. Eigenes Haar bedeutete Bubenkopf in allen möglichen Variationen und zumellen auch mit eigenartigem Haarschmuck. Bei den falschen Haaren sah man rote und weiße Perücken, von denen sogar eine ins Rote und eine andere ins Grüne spielte. Man gewahrte ganz raffinierte Farbzusammenstellungen, zumal auch Kleider und Schmuck mit den Frisuren harmonisierten. Unter den Modellen war viel strahlende Jugend, darum war es eigentlich schade, daß manche im Gesicht so furchtbar angegriffen waren. Alles in allem, der Bubenkopf macht sich schön, wenn er wohl gepflegt ist. Und da man ihn nicht selbst ondulieren kann, kostet die Pflege Geld und abermals Geld. Der Wille im Fach etwas zu leisten, spornie alle Frisierenden, ob sie nun echte oder falsche Haare verschönten, zu bestmöglichen Leistungen an und die Preisrichter hatten kein leichtes Amt. Die Prämierung von Erfashten findet erst als zusammengefaßtes Ergebnis von drei Modeabenden statt. Folglich suchte man unter den Bubenköpfen die schönsten aus, wobei der erste Preis Fräulein Keller zuerkannt wurde. In der Preisreiheliste folgten Johann Herr Willy Béjéore, Herr Fritz Jakob und Herr Bruno Gadißke.

Die Impfgegner unter dem „Hammer“.

Unser in Nr. 462 mit dieser Ueberschrift veröffentlichter Bericht über eine Verammlung des Deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Impfung (Bezirk Groß-Berlin) scheint Mitgliedern dieses Verbandes nicht gefallen zu haben. Wir merkten darin, daß ein mit vierfachem Doktorittel sich schmücker Herr Hammer in seinem Vortrag über die Impfstoffe auch Angriffe gegen die Krankentassen vorbrachte, daß die Verammlungsleiterin ihm für seine Ausführungen danke und daß er in der daran sich knüpfenden Aussprache sich auch noch in Beschimpfungen gegen Abgeordnete erging, obwohl Abgeordnete zu der Verammlung eingeladen worden waren. Hierzu erhalten wir von der Verammlungsleiterin Frau Lubarst, Geschäftsführerin des Bezirks Groß-Berlin vom Reichsverband, eine lange Erklärung, die den Zweck hat, den begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Frau Lubarst schreibt uns, nur über Dr. Hammers Ausführungen zur Impfstoffe habe sie im Namen des Verbandes „mit Dank quittiert, bei Ignorierung dessen, was nicht in den Rahmen des Themas und zu den Interessen des Verbandes gehörte“. Sie stellt also selber fest, daß sie Dr. Hammers weder zum Thema noch zu den Interessen des Verbandes in irgendwelcher Beziehung stehende Angriffe gegen die Krankentassen ignoriert hat, statt sie sofort als mindestens nicht hierher gehörig zurückzuweisen. Aus der Aussprache berichtet Frau Lubarst, daß auch einer der anwesenden Abgeordneten gesprochen hat, und sie fährt dann fort: „Aun allerdings verwarf Dr. H. ganz den Zweck unserer Veranstaltung. Er sprach nur noch von den Krankentassen und brachte dabei auch äußerst scharfe Ausdrücke gegen die Abgeordneten. Leider entfernten sich diese trotz Frau Ls Bemühungen, sie noch zurückzuhalten, um ihnen Genehmigung verschaffen zu können. Niemand kann es mehr bedauern als der RVB. und mit ihm Frau L., daß die Mitglieder des Landtages, welche unserer Einladung folgend gekommen waren, um uns zu raten und zu helfen, solchen Anfeindungen seitens Dr. H. bei Gelegenheit einer unserer Veranstaltungen ausgelegt waren. Wir werden in Zukunft solche Vorkommnisse zu vermeiden wissen und wir bitten die Mitglieder der Parlamente, uns den dauerlichen Vorfall nicht zur Last zu legen, hingegen im Interesse der Befundung unseres Volkes auch fernerhin unsere Bestrebungen zu unterstützen. Wir konnten die Möglichkeit eines solchen Verstoßes gegen unsere Grundsätze (auch von einem Außenstehenden) nicht ahnen.“

Wir veröffentlichen diesen wichtigsten Teil der Erklärung, müssen aber bemerken, daß bei vorheriger Erkundigung über den Herrn Dr. Dr. Dr. Dr. Hammer ein solcher Verstoß sehr wohl zu ahnen gewesen wäre. Wer und was dieser Herr Hammer ist, das erfährt man aus seiner gegen die Krankentassen gerichteten Profschüre, auf deren Titelblatt er, mit seinen sämtlichen Würden behängt, sich vorstellt: „Dr. med., Dr. phil., Dr. jur., Dr. dent. Hammer, Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, qualifiziert zum preussischen Kreis- und Gerichtsarzt, in Preußen staatlich geprüft als homöopathischer Arzt, in Hamburg staatlich geprüft als Tropenarzt, Ehrenvorsitzender auf Beberszeit des Vereins Freie Hochschule Berlin, Ehrenmitglied des Bundes für Menschenrechte, Facharzt für soziale und Fortpflanzungsorganen in Zusammenhang stehen.“ Das genügt wohl.



Mollige Wärme Moderne Eleganz

Das ist's, was diese begehrenswerten Kleidungsstücke in sich vereinen
 Ein's davon zu besitzen, ist wohl der Traum und Wunsch jeder Frau
 Unsere Preise aber machen es jedem möglich, die Freude am Besitz und am Tragen eines derartigen herrlichen Kleidungsstückes auszukosten



- Mäntel**
- Sealplüsch ganz gefüttert ab 49⁰⁰
 - Sealplüsch mit Pelzkragen ... ab 89⁰⁰
 - Sealplüsch m. Kragen u. Stulpen ab 110⁰⁰
 - Wollplüsch mollige Ware, ganz auf Futter ab 45⁰⁰
 - Wollplüsch bessere Ware und Ausführung ab 59⁰⁰
 - Krimmer ganz gefüttert ab 48⁰⁰
 - Astrachan glänzende Ware ... ab 37⁵⁰



- Jacken**
- Wollplüsch ganz gefüttert ab 29⁰⁰
 - Wollplüsch bessere Ware und Ausführung ab 39⁰⁰
- Kinder-Mäntel**
- Wollplüsch ganz auf Futter ... ab 24⁰⁰

Fesch - elegant
 modisch neue Sakkolacke aus gutem Wollplüsch mit Schel- u. Rollkragen, hoch zu schließen. Mollig-warm & kalte Tage. Ganz gefüttert
 29⁰⁰

Seal-Plüsch
 der auserwählte Modestoff und neueste weitfallende Form geben diesem Mantel das charakteristisch-eleg. Gepräge. Ganz auf Futter
 85⁰⁰

Schmeichlerisch
 kleidsam, behaglich-warm findet dieser eleg. Mantel aus gutem Wollplüsch Ihren ungeteilten Beifall. Ganz auf Futter m. Tasche
 45⁰⁰



Königstraße 33 Am Bahnhof Alexanderplatz **Chausseestr. 113** Beim Stettiner Bahnhof **Oranienstraße** -Die neue Ecke-

Obige Angebote stehen ab Donnerstag zur Verfügung! - Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Abt. 1. Verwaltungsmittler!
 Freitag, 8. Oktober, abends 7 Uhr:
Sitzung
 der mittleren Ortsverwaltung.
 Die Ortsverwaltung.

Krause-Pianos
 zur **Miete**
 Ansbacher Str. 1.
 für Familienmusik

252.

 Preuss. u. Südd.
STAATS-LOTTERIE

Ziehung 1. Klasse am 10. u. 17. Oktob.
 Jeden Monat eine Ziehung
 60000 Lose mit 24000 Gewinnen
 und 3 Prämien in 5 Klassen über

45000000
 Höchstgewinn, Prämien u. Hauptgewinn:
2 Millionen
1 Million M.
 2x 500000
 2x 500000
 2x 300000
 2x 200000
 10x 100000

Amtl. Posa graue u. trunks. Alle Los-Nrn. u. Gewinne werden wieder einzeln gezogen.

Los-Preise:
 für alle 5 Klassen, aus:
 achsel... = 3 M. achsel... = 15 M.
 viertel... = 6 M. viertel... = 30 M.
 halbe... = 12 M. halbe... = 60 M.
 ganze... = 24 M. ganze... = 120 M.

Original-Lose (Stamm-Nr. in jeder gewünschten Einstellung) empfiehlt und verwendet der Staats-Lotterie-Besitzer

Friedr. Müller
 Berlin C 19 Jerusalem Str. 10
 nächst der Leipziger Str.
 Postcheck-Konto: Berlin 81154
 Telegr.-Adresse: „Glücksmüller“



Gar herrlich schmeckt 'ne gute Pülle,
 Doch wird man niemals davon satt.
 Ist man jedoch 'ne Landbustulle,
 Weiß man, was man im Magen hat.

Kauft **Landbu-Margarine**, lest **Landbu-Männchens Abenteuer**, die neue spannende Halbmonatschrift

Generalvertreter **Burghardt & Bohne**, Berlin, Landsberger Str. 95
 Telefon: Amt Könlstadt 176 u. 1630

Ziehung
 der 1. Klasse der
 Preussischen
 Staats-Lotterie
 am 10.-17. Okt.
 1/6 3M, 1/4 6M,
 1/2 12M, 1/4 24M

Jürgens Alexanderpl.
 Postcheck: Berlin 309 60

Fluifan
 Jede 10 Stück Gebrauch von
 Obermeyer's Wohlmal
Sava-Soife
 Befüllt, nachdem Sie darin alle an-
 deren angekauften Seifen verjagen.
 Wofür Sie in U. Ver. St. M. - 50,
 20% verfürzt ist. - Nur Nach-
 behandlung ist Oxyda-Oxyden beforbers
 zu empfehlen. Sie haben in allen
 Apotheken, Drogerien u. Parfümerien

Garderobe
 für
Damen und Herren
Teilzahlung!
 Große Auswahl

Gross
 Große Frankfurter Straße 141, 1
 Kastanien-Allee 103

Auf Teilzahlung
 kaufen Sie bei uns bei kleinster
 Anzahlung und bequemsten Raten

**Herrn- und Damen-
 Bekleidung**
 fertig und nach Maß zu
 konkurrenzlos billigen Preisen
 Besonders große Auswahl in
**Übergangs-, Winter-
 und Regen-Mäntel**

Größte Rücksicht b. Krankheit u. Arbeitslosigkeit.

Central - Garderobehaus
 nur Weinmeisterstr. 3!

Albert
Rosenhain's
 neuestes
Saffian-Portemonnaie für Herren u. Damen
"Der Schacht-Tresor"
 für Scheine u. Hartgeld.

Geht braun Saffian
 und 20 Pfg. für postfreie Zusendung
 Das Ergebnis jahrzehntelanger Erfahrungen
 auf dem Gebiete der Geldbehälterfabrikation.
Flach, praktisch und fast unverwundlich
 Übersichtliche Anordnung der Abteilungen
 für Geldscheine mit 3 großen, durchgehenden
 Taschen für Goldnoten. Große Geheimtasche
 für Briefschaften. Tiefe Schachteltasche für das
 Hartgeld, die Verlierer oder Herausfallen un-
 möglich macht, nicht aufragt und viel fast.

Unser neuer Hauptkatalog Nr. 7578
 wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Albert
Rosenhain
 Das Haus für Geschenke
 Berlin SW-Leipziger Strasse 72/74
 an den Colonnaden

Photoapparate, Feldstecher
 kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 95

Reichsregierung und Kartelle.

Scharfes Vorgehen in der Ziegelindustrie. — Zurückhaltung bei anderen Kartellen.

Die Reichsregierung hat sich endlich dazu aufgeschwungen, in einem Falle von den ihr selbst gegebenen Möglichkeiten der Kartellverordnung unmittelbaren Gebrauch zu machen.

Eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums im „Reichsanzeiger“ räumt den an dem Halle'schen Verkaufsverein für Ziegelfabrikate A. G., Halle/Saale beteiligten Firmen das Kündigungsrecht nach § 4 Ziffer 2 der Kartellverordnung ein.

Dieses Vorgehen ist durchaus zu begrüßen. Leider ist man in zahlreichen anderen Fällen nicht so energisch, sondern beansprucht erst das Kartellgericht, das sogar sich vorher beim Reichsverband der deutschen Industrie „informiert“, ehe es gegen die Kartelle einschreitet.

Es scheint, daß auch in der Kartellpolitik der Regierungsstellen die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut.

Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Am 16. Oktober läuft der deutsch-spanische Handelsvertrag ab, und noch immer verläuft nichts über eine vorläufige Verlängerung oder über neue Abmachungen.

Table with 2 columns: Year/Period and Value. Rows include 1924, 1st Quarter 1925, 2nd Quarter 1925, and 1st Half Year 1925.

mithin hat sich die Ausfuhr von Fertigwaren um 75—80 Proz. gesteigert.

Diesen Zahlen seien einige weitere Angaben hinzugefügt. Es betrug in Doppeltrentnern die Ausfuhr

Table with 5 columns: Product, 1. Halbj. 1924, 2. Halbj. 1924, 1. Halbj. 1925, and August. Rows include Maschinenbau, Holz, Textilien, etc.

Die Ziffern über das Jahr 1924, die in dieser zweiten Aufstellung gegeben sind, sind der „Deutschen Tageszeitung“ entnommen. Die beinerfensmerterweise keine Angaben über die Entwicklung in 1925 macht, die hier ergänzend hinzugefügt sind.

Die Sozialdemokratie marschiert!

Klar erkennbar schon aus dem Besuch unserer ersten Wählerkundgebungen und deren starker Kampfes- und Siegeszuversicht. Abrechnung soll am 25. Oktober in Berlin gehalten werden.

Jeder Sozialdemokrat trifft jetzt in Reich und Glied.

Keines unserer Mitglieder darf in den nun kommenden Tagen passiv beiseite stehen. Es gilt, bis zum 25. Oktober alle Kräfte anzuspannen.

Berlin muß diesmal unser werden!

Das ist die Parole der Berliner Partei! Darum, Genossen und Genossinnen, mit Leidenschaft den Kampf geführt! Jeder Ruf zur Werbearbeit, zur Propaganda für die Partei muß jetzt ein tausendfältiges Echo finden.

Darum heraus zur allgemeinen Flugblattverbreitung am Sonntag, den 11. Oktober.

Fetten, Zellulose, Gips, Farben, Firnisse und Lacke, Schwefelsäure, Chlorkalk, sonstige chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Eisenrohren und -walzen, Stab- und Formeisen, Blech und Draht, Eisenbahnoberbaumaterial, diverse Eisenwaren (vgl. die obige Zusammenstellung), Dampflokmaschinen usw., Werkzeugmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen.

Es gibt also nicht eine einzige große deutsche Industrie, die nicht in der Lage gewesen wäre, ihren Absatz recht beträchtlich zu steigern, es gibt aber eben so kaum eine einzige große Industrie, die bisher in der Dessenlichkeit gegen den Wahlsinn der Kündigung eines Handelsvertrages protestiert hätte.

Die Bank der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Nicht immer gilt die Regel, daß das, was die Inflationszeit geschaffen hat, die Stabilisierung wieder beseitigt. Daß die Deutsche Verkehrsbank A. G. zu diesen Ausnahmen gehört, verbannt sie der guten Idee, die sie trägt: die Zahlung der Eisenbahn- (auch Binnenschiffahrts-) Frachten bankmäßig in ganz Deutschland zu organisieren sowie den Verfrachtern gegen eine geringe Gebühr die Frachtenzahlung zu stunden und zur halbmonatlichen oder monatlichen Abrechnung aufzusammeln.

Das Experiment gelang um so besser, als auch die Reichsbahn von der bankmäßigen Organisation der Frachtenzahlung und Frachtenstundung Vorteile hatte. Das führte zu einem zehnjährigen Vertrag mit der Verkehrsbank, in dem die Abwicklung des Frachtenstundungsverkehrs, besonders des langfristigen, der Bank übertragen und die Bank verpflichtet wurde, in den Reichsbahndirektionsbezirken Niederlassungen zu halten.

Die Reichsbahngesellschaft besitzt heute von dem Zweimillionenkapital der Verkehrsbank 72 Proz. Entsprechend ihrer privatrechtlichen Vergangenheit (die Tochtergesellschaften insbesondere wurden mit Hilfe von privaten Großbanken gegründet und arbeiteten mit diesen) sind auch die Großbanken am Kapital beteiligt, und zwar mit

20 Proz. Der Rest befindet sich im freien Verkehr. Die für die nächste Generalversammlung vorgeschlagene Kapitalverdoppelung (auf 4 Mill.) wird den Einfluß der Reichsbahngesellschaft noch erweitern. So darf man die Verkehrsbank heute als gemeinwirtschaftliches Bankinstitut ansprechen.

Da die Ausgestaltung der Verkehrsbank als Reichsbahnbank sich eigentlich erst in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr vollzogen hat, zeigen sowohl die Organisation als die Bilanz gegenüber dem Vorjahr sehr bedeutende Veränderungen. Die bisher als Aktien-Gesellschaften aufgemachten 23 Tochtergesellschaften wurden zu Zweigniederlassungen der Berliner Zentrale umgebaut.

Der größte Bruttogewinn (2,62 Mill.) stammt in der Hauptsache aus dem Frachtenstundungsgeschäft (0,6), aus Zinsen (1,7) und Provisionen (0,24 Mill.). Als Reingewinn werden 1,15 Mill. ausgewiesen, was gegenüber dem Aktienkapital von 2 Mill. sehr viel, gegenüber den Reinvestitionen aber sehr wenig ist.

Der Geschäftsbericht ist leider sehr unvollständig. Für die Öffentlichkeit wären nicht nur Zahlen über die gestundeten und abgerechneten Frachtsummen selbst, sondern auch die Zahl der Stundungskonten von großem Interesse gewesen. Ebenso hätte sich aus einer Statistik der Bezüher der Frachtenanweisungsbefehle entnehmen lassen, welche Industrien von der Frachtenstundung besonderen Gebrauch machen.

Die Bedeutung des Rußlandkredits.

Ueber das Kreditabkommen, das dieser Tage zwischen einer deutschen Großbankengruppe unter führender Beteiligung der Deutschen Bank und der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft einerseits und der Russischen Staatsbank andererseits in Berlin abgeschlossen worden ist, werden von russischer Seite folgende Einzelheiten mitgeteilt. Der 100-Mill.-Mark-Kredit, von dem 75 Mill. Mark Bankkredite und 25 Mill. Mark Warenkredite sind, ist kurzfristig. Die Tilgung dieser Kredite hat Anfang 1926 zu erfolgen.

Die Bedeutung des deutschen 100-Mill.-Mark-Kredits wird in den maßgebenden russischen Finanz- und Wirtschaftskreisen außerordentlich hoch eingeschätzt. „Das Abkommen mit der Deutschen Bank“, schreibt die „Ekonomscheskaja Schiza“, stellt zweifellos einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der Kreditbeziehungen des Sowjetbundes mit dem Westen dar.

Schon in früheren Mitteilungen von russischer Seite war darauf hingewiesen worden, daß der Zweck der Kreditaufnahme für die Russen es sei, für den Export Zeit zu gewinnen, d. h. mit anderen Worten: abzuwarten, bis die gegenwärtige Baiffe auf dem Getreidemarkt nachlassen wird.

Advertisement for 50 Mark cigarettes. Features large stylized numbers '150000' and the text 'für frohe Gesichter! Herr X verteilt vom 14. Oktober d.J. ab im Auftrage einer bekannten Zigarettenfabrik täglich zehnmal 50 Mark an Leute, die frohen Mules sind.'

rechts das dringende Getreideangebot am Weltmarkt sofort vermindert. Die Weltmarktpreise steigen, und mit ihnen auch die deutschen Getreidepreise. Märkischer Weizen notierte am Montag in Berlin 201 bis 205, gefeuert bereits 211 bis 214. Roggen verteuerte sich in dieser Zeit von 145 bis 148 auf 152 bis 155 M. je Doppelgenger.

So erweist sich der Russkredit als eine Stützungsaktion für die Getreidepreise und damit für die deutschen Agrarier.

Aus der westdeutschen Montanindustrie.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Werke der vier Konzerne Rheinische, Thyssen, Phönix und Rheinische, nachdem Krupp von dem Projekt endgültig zurückgetreten ist, wie alle Nachrichten der rheinisch-westfälischen Presse erkennen lassen, einen normalen Verlauf. Von der Absicht, die gesamten Werke in eine neue Firma unter Aufgabe der bisherigen Firmierungen einzubringen, ist man vorläufig abgekommen, jedoch betrachtet man die nunmehr angestrebte Form einer Dachgesellschaft nur als einen Uebergang zur endgültigen Verschmelzung. Ueber die wichtigsten Personensagen scheint inzwischen eine Einigung erzielt zu sein insofern, als der Leiter des Rheinische-Konzerns, Herr Bögl, die Leitung der Dachgesellschaft übernehmen und Fritz Thyssen deren Aufsichtsrat vorsitzen soll. In den Kreisen der nordamerikanischen Hochfinanz verfolgt man die Gründungsverhandlungen mit großem Interesse. Obwohl noch keine formellen Verhandlungen über Kredite stattgefunden haben, glaubt man doch bereits jetzt die Bereitwilligkeit zur Kreditübergabe an den Montanblock erkennen zu können.

Ueber die Gründe, die Krupp bewogen haben, von dem Projekt zurückzutreten, werden die verschiedensten Nachrichten verbreitet. Sicher ist, daß die Firma Krupp in der Lage gewesen ist, sich kapitalmäßig zu machen. Mit welchen Mitteln dies geschehen ist, ist im ganzen noch dunkel. Ein einzelner Vorgang steht aber schon fest. Der Krupp-Konzern hat die ihm gehörige Gewerkschaft Norddeutschland an die französische Wendelgruppe verkauft. (Dieser Verkauf bedarf allerdings noch der Zustimmung des Aufsichtsrates der französischen Gruppe.) Die Gewerkschaft Norddeutschland besitzt im Kreise Wörs eine Bergbaugerechtfame von 12 Millionen Quadratmetern, die an die Gerechtame der Zeche Friedrich Heinrich angrenzt, die bereits dem Wendel-Konzern gehört. Ueber den Kaufpreis ist noch nichts bekannt.

Dieser Kruppische Verkauf beansprucht ein bedeutendes öffentliches Interesse. Die Gerechtame auf Ausbeutung der unter dieser Fläche von 12 Millionen Quadratmetern liegenden Kohlenvorräte hat sich die Firma Krupp vor dem Kriege als Reserve gesichert im Hinblick auf ihre Expansionsabsichten, die mit ihrem Rüstungsmonopol zusammenhängen. Eine Ausschließung dieses Eigentums hat bisher nicht stattgefunden. Die Firma Krupp hat also in ihrem privatkapitalistischen Interesse Bodenschätze veräußert, für deren Erwerb sie so gut wie nichts getan oder bezahlt hat. An diesem Falle erweist sich wieder einmal, wie verhängnisvoll das deutsche Bergrecht die Interessen der Gesamtheit schädigt. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß wenigstens die nicht produktiv ausgeschlossenen Bodenschätze Staatseigentum sind. Wie man sieht, verfügt aber das Privatkapital auf Grund von Vorkriegsrechten zu seinem Vorteil darüber. Um so notwendiger ist die Sozialisierung der Bodenschätze.

All-Ges. für chemische Produkte vorm. Scheidewandel. In der Generalversammlung dieser die Knochenleimindustrie beherrschenden Gesellschaft trat der Vorsitzende Geheimrat Kempner bei über die Gesellschaft verbreiteten ungünstigen Gerüchten entgegen. Er führte aus: Wir haben Kredite bei ersten Bankinstituten im laufenden Geschäftsvorkehr in Anspruch genommen, deren Laufzeit jeweils für einen größeren Zeitraum fixiert wird. (Beispielsweise sind die gegenwärtigen Fälligkeitsdaten nicht vor dem 1. April bzw. 1. November nächsten Jahres vereinbart.) Bänker Kredite haben wir nicht erstrebt, mit Rücksicht auf die Mobilitätsmöglichkeiten überflüssig gewordenen Grundbesitzes und von Objekten, welche nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit unserem Industrieprogramm

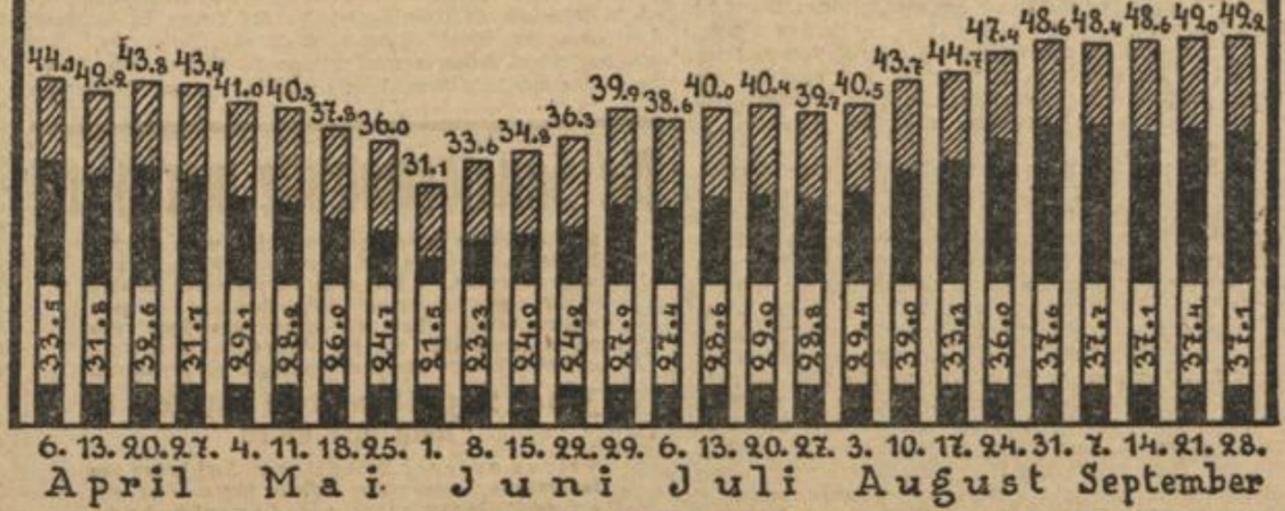
Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Groß-Berlin

April-September 1925

Z

Männer Frauen

In 1000 Personen



siehen. Der Geschäftsgang im Inlande ist selbstverständlich durch die allgemeine Lage der Wirtschaft, insbesondere durch die Kreditnot der Käuferschaft beeinflusst, so daß sich wesentliche Bestände ansammeln. In dieser Richtung zeigt aber der letzte Monat eine wesentliche Besserung. Der Absatz z. B. in Weizen im September beträgt gegenüber August etwa das Doppelte. In Knochenmehl sind wir im allgemeinen immer ausverkauft. Das Fettgeschäft geht normal. Die Umstellung der Produktion auf Verlanleim scheidet programmäßig fort und führt zu der erwarteten Konzentration und Rationalisierung der Erzeugung. — Die Nachfrage nach Verlanleim steigt. Die ausländischen Gesellschaften gehen im allgemeinen besser als die inländischen. Die Verjammung Leinöl, die Herabsetzung des Aktienkapitals von 30 Millionen auf 25 Millionen Reichsmark. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden bietet sich für diese 5 Millionen innerhalb des Erwerbsprogramms keine Rentabilitätsmöglichkeit. Die Verwaltung sei deswegen der Anregung des Reichsverbandes der Industrie auf Einziehung der Wertverwaltungsaktien gefolgt.

Ende der dänischen Genossenschaftsbank? Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Die Versuche, die zusammengebrochene „Landsbank“ mit Geldern der dänischen Genossenschaften wieder aufzurichten, können als endgültig gescheitert gelten, nachdem vor kurzem die kapitalkräftigsten dänischen Genossenschaften, die Genossenschaftsschlächtereien, es abgelehnt haben, sich an der Rekonstruktion der Bank zu beteiligen. Trotzdem aber scheint die Bank wieder aufzuerstehen, wenn auch in ganz veränderter Form. Die Großverkaufsgenossenschaft der englischen Konsumvereine, die „Wholesale-Society“, hat nämlich dem Liquidationskomitee der Landsbank Kapital zur Wiederaufrichtung der Bank angeboten. Die Engländer wollen bis 48 Millionen Kronen zur Verfügung stellen, und zwar 8 Millionen als Aktienkapital und 40 Millionen als Darlehen. Bemerkenswerterweise ist aber dieses Geld nicht solches der englischen Genossenschaften, sondern die „Wholesale Society“ hat mitgeteilt, daß sie für den größten Teil der Gelder als Mittelsmann amerikanischer Geldienste auftritt. Es ist verständlich, daß gerade die überzeugten Genossen-

schaftler starke Bedenken gegen dieses englisch-amerikanische Angebot haben. In diesem Zusammenhang haben sie betont, daß eine mit dieser Hilfe erfolgte rekonstruierte Bank als ganz neue Bank zu gelten hat und das Firmenschild der dänischen Genossenschaften nur fälschlicherweise führen kann. Die interessierten Kreise sind nun zusammengerufen worden, und Ende dieser Woche soll endgültig über das Angebot entschieden werden.

Zinsermäßigung für Mittelstandskredite. Amtlich wird mitgeteilt: Zur Verringerung der Kreditnot des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes war vom Reich eine Kredithilfe eingeleitet worden, in Verfolg deren die Preussische Staatsbank über die mit der Weiterleitung vertrauten Zentralstellen den in Frage kommenden Kreisen im Darlehenswege 22 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hat. In Ergänzung dieser Maßnahmen hat dann die Preussische Regierung, einer Entschließung des Landtages folgend, ihrerseits ebenfalls 22 Millionen Reichsmark durch die Preussische Staatsbank bereitstellen lassen. Gleichzeitig hat sie den Kreditinstituten, welche die Weiterleitung dieser Mittel übernommen haben, aufgegeben, für denselben Zweck einen gleich hohen Betrag aus eigenen Mitteln herzugeben. Damit sind nunmehr, abgesehen von Sonderkrediten für bestimmte Vordestelle, dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Preußens rund 66 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt worden. In Verfolg der kürzlich eingeleiteten Senkung der Zinssätze der öffentlichen Gelder hat die Preussische Staatsbank auch die Zinssätze für die genannten Mittelstandskredite um 1 Proz. herabgesetzt. Damit wird der von dem letzten Kreditnehmer zu zahlende Zins auf 11 Proz. jährlich ermäßigt.

Monopolisierung der Getreideversorgung der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat nahm am 1. Oktober unter Abänderung des Artikels 28a der schweizerischen Bundesverfassung einen Gesetzesentwurf an, der die Getreideversorgung der Eidgenossenschaft unter Monopol stellt. Die Durchführung wird einer Genossenschaft gemeinnützigen Charakters übertragen, die unter der Aufsicht des Bundes steht und an der sich auch neben dem Bund und den Kantonen privatwirtschaftliche Organisationen beteiligen.

WARENSCHAU WERBE WOCHE

WIR ZEIGEN DIE HERSTELLUNG VIELER ARTIKEL DURCH MASCHINELLE VORFÜHRUNGEN VERBUNDEN MIT BESONDEREN AUSNAHMEANGEBOTEN!

- ### Aluminium
- Schmortöpfe 95 Pr. 1²⁵ 1³⁰ 1⁷⁵ 2¹⁰
 - Schmortöpfe 4⁵ 4⁵ 6⁵ 5⁸ 7⁵
 - Kasserollen m. Stiel 75 Pr. 90 Pr. 1¹⁰
 - Wasserkessel 2⁷⁵ 3⁰⁰ 3²⁵
 - Maschinenöpfe 95 Pr. 1²⁵ 1⁶⁵
 - Milchkocher 1²⁵ 1⁶⁵
 - Milchkannen 1 Ltr. 1⁶⁵ 1 1/2 Ltr. 1⁹⁰
 - Garnituren 1¹⁰
 - Obsthorden 20⁹⁹ 22⁵⁰ 25⁰⁰ 30⁰⁰
 - Obsthorden 27³⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰ 42⁰⁰
 - Leibwärmer 95 Pr.
 - Wärmeflaschen 2⁰⁰ 2²⁵

- ### Elektrische Heiz- und Kochapparate
- Elektr. Bügeleisen 8⁵⁰ 8⁷⁵
 - Elektr. Kocher vernickelt mit Zeituhr 7⁵⁰
 - Elektr. Heizkissen 10⁰⁰ 13⁵⁰
 - Elektr. Kaffeemaschinen 15⁰⁰
 - Aluminium, 1 Ltr. Inhalt, mit Zeituhr 15⁰⁰
- ### Vorführung von elektrischen Staubsaugern
- | | | |
|------------------|-------------------|-------------------|
| Franka | Rekord | Elmo |
| 90 ⁰⁰ | 120 ⁰⁰ | 150 ⁰⁰ |

- ### Ganztwirtschaftliche Maschinen
- Reibemaschinen 1²⁵ 3⁰⁵
 - Brot Schneidemaschinen 6⁵⁰
 - Messerputzmasch. 7⁵⁰ mit 12⁰⁰
 - Fleischhackmaschinen 3⁵⁰ 6⁷⁵
 - Passiermaschinen 8⁵⁰
 - Wandkaffeemühlen 1a Mahlwerk 5⁷⁵
 - Rühr- Knetmaschinen 13⁵⁰ 16⁵⁰
 - Fruchtpressen 9⁵⁰ 11⁰⁰ 12⁰⁰

- ### Tischwaren
- Tortenplatten m. bunter Steinart 2²⁵ 2⁴⁵ 2⁹⁵
 - Kannenuntersätze 75, 95 Pr.
 - Krümelschäufeln mit Besen 2⁸⁵ 5⁰⁰
 - Gläsersteller 48 Pr.
 - Teemaschinen 5⁵⁰ 11⁷⁵ 12⁵⁰
 - Likörbecher mit hohem Fuß, innen vergoldet 85 Pr.

- ### Emaille
- Schmortöpfe 95 Pr. 1¹⁵ 1²⁵ 1⁶⁵ 2²⁵
 - Kasserollen 70, 85 Pr. 1¹⁰
 - Stiepfannen 50, 65, 85, 95 Pr.
 - Schüsseln 45, 50, 60 Pr. bis 1⁰⁰
 - Toilettenimer Porzellanform, mit Kerzibügel 4²⁵
 - Wannen rund 1¹⁰ Eimer 95 Pr. 1²⁵
- ### Zauberglocke
- | | |
|----------------------|---|
| Gas- und Backapparat | Gas-, Back- u. Kochapparat |
| 7 ⁵⁰ | 8 ⁵⁰ 10 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ |

- ### Sie die Wasch- u. Plättchen
- Waschwannen 9⁵⁰ 11⁵⁰ 16⁵⁰
 - Waschzuber 9⁵⁰ 11⁰⁰ 15⁰⁰
 - Waschemangeln 39⁰⁰ 45⁰⁰ 35⁰⁰
 - Wringmaschinen 19⁰⁰ 20⁵⁰
 - Wäscheleinen 3²⁵ 4²⁵ 5⁵⁰
 - Plättbretter 4⁷⁵ 5⁷⁵
 - Waschtöpfe 4⁷⁵ 5⁵⁰ 7⁷⁵
 - Waschmaschinen 39⁰⁰ 48⁰⁰
 - Gasplatten 8⁷⁵
 - Splittplatten 7²⁵ 9⁰⁰ 10⁵⁰
 - Bohlenplatten 3⁷⁵ 4⁵⁰
 - Kohlenplatten 4²⁵

- ### Büffentwaren
- Rosshaarbesen 1⁰⁰ 2⁶⁵
 - Rosshaarhandfeger 1⁰⁰
 - Schrubber 40, 50 Pr.
 - Kokosbesen 75 Pr.

- Teppichkehrmaschinen 10⁵⁰ 12⁵⁰
- Bohnerschrubber 5⁷⁵ 9⁵⁰ 11⁰⁰
- Bohnerwachs 1a Qualität 75 Pr.
- Abstäuber mit Stanzlöchern 1²⁵

- ### Stahlwaren
- Essbestecke 95 Pr. 1⁴⁵
 - Alpaka-Esslöffel 75 Pr.
 - Alpaka-Kaffeelöffel 35 Pr.
 - Alpaka-Essbesteck 1⁰⁰
 - Tortenheber 75, 95 Pr.
 - Brot- u. Aufschnittgabeln 65 Pr.
 - Kaffee- u. Esslöffel 22, 38 Pr.
 - Essmesser zum Ausschneiden 22, 45 Pr.

HERMANN TIETZ

Der Baum.

Von Hedwig Schwarz.

Eigentlich pflanzte er schon längst nicht mehr in die Gegend, der alte mächtige Kastanienbaum mit der breit ausladenden Krone. Es hatte sich doch gar zuviel geändert, seitdem er als rankes junges Bäumchen mit jedem Lufthauch hingebendem Wipfel und spielerischen Zweigen seinen schmalen Schatten auf die Landstraße warf, die der Häuserhaufe dort hinten zu den fernen Dörfern in die Ebene hinausführte. Es war wirklich ein Glück, daß er schon ein großer stämmiger Burche war, als der unheimliche graue Kolof der Stadt sich auf ihn zumälzte. Erst hatte der nur seine harmlosen, bescheidenen Vorboten geschickt, gebrechliche Bretterlauben, von winzigen Gärtchen umgeben, auf denen milde und kühlend der Schatten des breitflügeligen Beschützers ruhte. Dann aber griff die graue Straßenzelle nach ihm und wollte fast sein lebendiges Grün ersticken. Steine drückten schwer auf seine saugenden Wurzelarme, Steine beengten die Krone, die sich so gern in Luft und Sonne dehnte. Nun aber hieß es zeigen, daß man von gutem Stamme war. Rechts und links freischte die Säge; junge Linden, Ahorne und Akazien starben in dumpfem Fall. Die staltliche Kastanie allein ließ man stehen, weil ein bebrüllter Herr mit einer Aktentasche im letzten Augenblick herausgefunden hatte, daß sie „zur Hebung des Straßenbildes unbedingt zu erhalten sei“.

Da stand sie nun zwischen toten, grauen Wänden, ein Fremdling und einziger Zeuge einer sagenhaften Vergangenheit, und deckte mit dem grünen Verharp ihres Geistes die kleinen Schicksale kleiner Leute in kleinen Zimmern vor den begierigen Blicken eines allzu nahen Gegenübers. Unendliche Dabjal war sie den Bewohnern des Hauses, vor dem sie stand. — oder richtiger: das zufällig hinter ihr zu stehen gekommen war. Statt auf die Höflichkeit grauer Steinwüsten durften sie den ganzen Sommer über in dämmergrüne Wälder blicken. Die Blätterporen des Baumes, die dem spärlich einfallenden Licht verlangend geöffnet waren, atmeten nach den Duft sommerlicher Wälder in ihre armen, dumpfigen Stuben. Und dann die köstlichen Wochen der Blüte, die hohe Zeit des Jahres für die Leute aus Nr. 27! Die gelähmte alte Frau aus dem dritten Stock konnte wohl für eine halbe Stunde ihr Stridzeug sinken lassen und auf die weißen, liechensummen Kerzen starren. Ach, sie stammte ja noch aus der Zeit der Bretterlauben; und von den Blüten wehte ihr Duft der Erinnerung zu. Gretel, das Jüngste des Händchens im Keller, erzählte stolz den anderen Kindern auf der Straße, was ihr die Mutter gesagt hatte. „Wir haben zu Weihnachten keinen Tannenbaum, weil wir im Frühling einen Baum mit lebendigen Kerzen vor der Tür haben.“ Selbst in die heißen, tränenden Augen der Nähmaschine im zweiten Stock fiel ein froher Glanz von dem leuchtenden Frühlingssunder am Fenster.

So erschien der Baum den freudlosen Menschen ringsum als ein immer gültiger Spender. Im Sommer gab er erquickenden Schatten gegen die Glut der auf riesige Steinflächen brennenden Sonne; im Herbst schenkte er den Kindern langersehnte glänzende braune Äpfel zum Spielen; und im Winter bot er unter der Schneelast seiner Zweige den seltsam zarten Umriß eines fremderartigen, phantastischen Gebildes.

Eines Tages im Frühjahr — die Kastanie prangte gerade im vollen Schmuck der gelblich-weißen, rotgeputzten Blüten, erschienen Männer in langen schmutzigen Kitteln mit Eimern und Pinseln vor Nr. 27. Ein Brettergerüst kletterte an der Front empor; wo es an die Zweige der Kastanie stieß, wurden sie abgehauen. Das Rascheln und Knacken der abgehenden Baumglieder übte den Hausbewohnern wie ein schmerzliches Seufzen. Wo sie zuvor vom Fenster aus die ihnen vom Baum dargebotenen, wie Hände gegliederten Blätter ergreifen konnten, starrten ihnen jetzt von fern weiße Holzstämme entgegen. An der grauen Fassade aber begann ein rühriges Pflanzeln; vom Dachstuhl bis zur Erde wurde sie in ein kaltes Weiß getaucht. Dann glitt das Holzgerüst wieder von ihr ab, die Männer in den Kitteln nahmen wieder ihre Eimer zur Hand und verschwanden in der Richtung, aus der sie gekommen waren.

Greil und trübselig stand nun das weiße Haus aus der endlosen Reihe der grauen Nachbarn. So wollte es der Spelasant, in dessen rassistende Hände das Haus vor wenigen Wochen übergegangen war und der es schnell und mit Vorteil wieder loszuschlagen gedachte. Breitbeinig, die Hände in den Hosentaschen, stand er vor dem vollendeten Werk, das er wohlgefällig betrachtete. Wenn da nicht mindestens ein paar Milde für ihn heraussprangen! Die Unkosten des Anstreichs sollten sich reichlich rentieren. Verdammte, das alle Grünzeug verlorste die garzo Fassade! Man sah viel zu wenig von der frischen Farbe. Er klopfte mit seinem Stock gegen den Stamm; es klang fest und toll. „Das da muß weg“, erklärte er dem eben vor seine Tür tretenden Händschuster.

Nach am gleichen Abend mußte ganz Nr. 27 von der drohenden Gefahr. Der Dreher im ersten Stock, der von seinem Verband her wußte, wie man so was ansieht, trommelte die Aufgeregenen zu einer Sitzung in seiner guten Stube zusammen. „Unser Baum“, das war das Lösungswort, unter dem das von Zufall und Schicksal zusammengewürfelte Menschenkonglomerat zu einer Gemeinschaft zusammenschmolz. Unter dem Vorhitz des erfahrenen Bergbau-mannes wurde die Abwendung eines Gesuches an den Magistrat beschlossen, die Genehmigung zur Fällung des Baumes, der öffentliches Eigentum sei, zu versagen.

Bis spät in die Nacht fiel Lichtschein aus dem Fenster des Drehers. Da saß der große, starkknochige Mann in Hemdsärmeln vor einem Bogen Papier, auf das die schwere Hand mühselig Buchstaben um Buchstaben triefelte. „Da verheißt die größte Freude der Anwohner von Nr. 27 darstell.“ Erleichtert legte er die kragige Feder beiseite. Seine Frau besorgte am nächsten Tag das weitere, indem sie von Tür zu Tür bereitwillig gegebene Unterschriften sammelte.

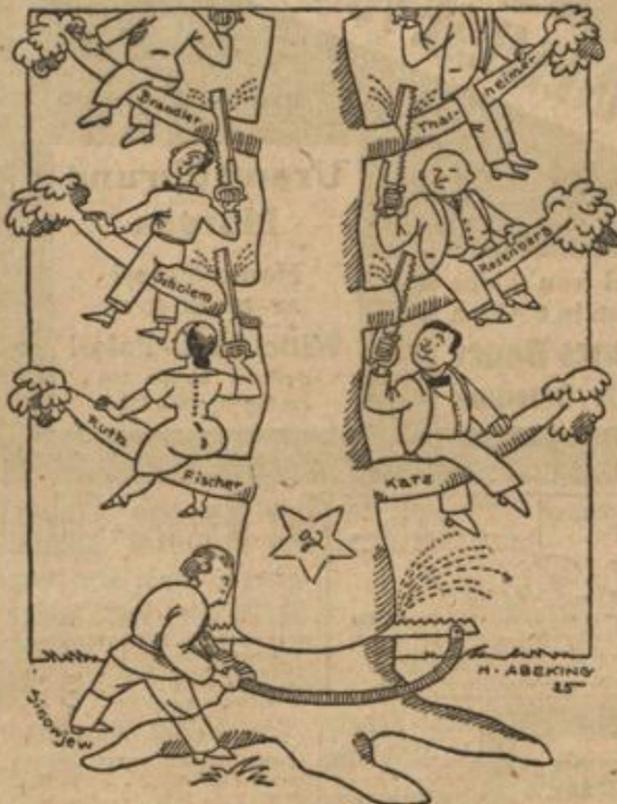
Das Schreiben wurde abgefaßt und kam in die Abteilung, wo der Herr mit der Brille saß, der „sich erinnerte“. Das Verlangen des Hausbesitzers wurde abgewiesen.

Der Hochsommer kam und trieb eine unerhörte Glutwelle durch die verdorrten Straßen. Schweiß und unbeweglich hingen die Zweige der Kastanie, früh, allzu früh begannen die geätzten Ränder der Blätter bräunlich zu welken. Eines Abends, als die Straße in Stille und Dunkelheit lag, machte sich der Händschuster neben dem Baum, auf dem kleinen Stückchen Erde, das rund um den Stamm von den Pflastersteinen ausgelassen war, mit Spaten und Eimer zu schaffen. Am nächsten Morgen konnte man ein tiefes, zu den Wurzelstücken hinabreichendes Loch bemerken, in dem Wasser stand. Begeistert machte sich die zum Schutz des Baumes entstandene kleine Organisation den Gedanken dieses Hilfswerkes zu eigen. Reizung ging der Wassereimer in den sorgenden Händen; jeden Abend wurde der Baum unter Hoffnung und Bangen reichlich getränkt.

Die dorrrende Hitze wick, aber der Baum flachte sterbend dahin. Lange vor der Zeit ließ er die verwelkten Blätter sinken. Er konnte ja den Menschen nicht klagen, daß eines Nachts ein kleines Loch ihm bis ans Mark gebohrt worden und ägendes Scheidewasser den Kern seines Lebens zertrah. Die fällende Art traf nur noch eine Leiche. Aus allen Fenstern der Straße gingen dem toten riesigen Freunde die tränenerfüllten Blicke der Frauen, die grübelnden der Männer, die erstaunten der Kinder und die leeren der Greise nach.

Einen Monat später wurde das Haus Nr. 27 mit erheblichem Gewinn verkauft.

Die große Absäge.



Volkswirtschaftliche Bedeutung der Mistel

Von Dr. W. Wächter.

Ein Schmaroher oder Parasit im biologischen Sinne ist jeder Organismus, der auf oder in einem anderen lebt, seinem Wirt die Nahrung nimmt und ihn dadurch schädigt. Schon 1730 wurde der Name Parasit von Micheli für alle Pflanzen, die sich von anderen ernähren, eingeführt. Das war zwar eine einfache Definition, aber die fortschreitende Wissenschaft kam mit dieser Erklärung nicht aus, da es sich zeigte, daß es auch Organismen gibt, die die Nahrung nur teilweise von der Wirtspflanze nehmen, die den Wirt dabei nicht schädigen oder die gar für den Wirt von Wichtigkeit sein können. Man mußte darum die Begriffe Halbschmaroher und Symbionten einführen, und es ist nicht immer leicht gewesen, für eine Pflanze die richtige Klasse ausfindig zu machen, zumal es auch solche Pflanzen gibt, die nur einen Teil ihres Lebens auf das Schmaroher angewiesen sind. — Der Begriff Schmaroher in der Biologie ist natürlich dem gleichen Begriff in der menschlichen Gesellschaft entlehnt worden, und man versteht darunter auch hier vielfach jeden, der auf Kosten anderer lebt. Betrachten wir aber die Sache bei Licht, so finden wir, daß es auch hier keineswegs so einfach ist, zu sagen, wer denn nun ein wirklicher Parasit ist, zumal es ja hier noch auf die ethische Wertung ankommt; man will doch seine Verachtung ausdrücken, wenn man jemanden einen Schmaroher nennt. Aber es geht nicht an, jeden Landhändler, Rentier, Kriecher oder ein Pumpgenie oder jeden Armenhäuser und Besüßungsinstellen einen Schmaroher an der menschlichen Gesellschaft zu nennen, wie es so oft geschieht. Der Nachdruck muß auch hier darauf gelegt werden, ob die Gesellschaft oder ein Individuum geschädigt wird und ob nicht etwa eine Gegenleistung aufzuweisen ist von einem „heterotropen“, einem sich von anderen nährenden Menschen. Aber nehmen wir an, wir fänden bei aller Toleranz und unter Würdigung der psychopathischen Eigenschaften solcher arbeits- oder sozialer Menschen wirkliche Parasiten in Menschengestalt, so würden wir ihnen kaum eine volkswirtschaftliche Bedeutung beimessen können, es sei denn, daß wir seine Leiche irgendwo lukrativ verwerten. Nach der Berechnung eines Amerikaners soll der Mensch etwa 4,50 M. wert sein, wenn wir seine Bestandteile nach Art der Althändler bemerten — die Seele und was sonst unsterblich am Menschen ist, hat besagter Amerikaner natürlich nicht in Geld umrechnen können.

Mit der Mistel, die ein sogenannter Halbschmaroher ist, da sie grüne Blätter hat und sich also zum Teil selbst ernähren kann, hat es nun eine eigene Bewandnis in volkswirtschaftlicher Beziehung. Sie ist in der Tat der einzige Parasit in der ganzen Organismenwelt, der einen Nutzen hat, dank der Stellung, die diese merkwürdige Pflanze seit dem Altertum, in der germanischen Sage und vor allem im religiösen Aultus der alten Zeiten eingenommen hat. Der römische Schriftsteller Plinius berichtet ausführlich über die hohe Verehrung der Mistel durch die Gallier, deren Priester, die Druiden, wenn sie im weißen Kleide den heiligen Eibbaum bestiegen, mit einer goldenen Sichel die Mistel abschnitten. Sie wurde in einem weißen Mantel aufgefangen, da sie den Boden nicht berühren durfte; denn die Erde hebt die Zauberkraft der Mistel auf. Den Druiden opferten die Druiden bei ihren hohen Festen zwei weiße Stiere, und für die Menschen bereiteten sie den Misteltrank, der alle Krankheiten heilen und unfruchtbar Tiere fruchtbar machen sollte. Auch andere Völker, wie die alten Japaner, hielten viel von der Mistel, und so hat sich durch das ganze Mittelalter hindurch bis auf unsere Zeit der Glaube an die Wunderkraft der Mistel in irgendeiner Form erhalten. Unter dem Einfluß der Engländer, die die Mistel mit ihren matwischen Verleumdungen zur Weihnachtspflanze machten, hat sich in den letzten Jahrzehnten fast in ganz Europa und Amerika die Sitte eingebürgert, zur Weihnachtszeit, gelegentlich auch zu Ostern und zu Allerheiligen, die frühe wintergrüne Mistel auf den Markt zu bringen, und es hat sich eine geradezu fabelhafte Mistelindustrie und ein ausgedehnter Handel mit frischen Misteln entwickelt. England erhält seine Misteln zum größten Teil aus Frankreich, und zwar sind es die Häfen St. Nolo, Haare, Granville und Honfleur, die in

Körben von ungefähr 40 Kilogramm die Misteln ausführen. Professor von Tabeuf in München, dem wir eine vor kurzem erschienene umfangreiche Mittelmonographie verdanken, hat nicht nur die interessante botanische Seite bearbeitet, sondern alles, was über die Mistel zu sagen ist, mit großer Gründlichkeit zusammengetragen und in vorbildlicher Weise durch eigene Untersuchungen in jahrzehntelanger Arbeit ergänzt. So hat er es sich auch nicht verdrüben lassen, den verhältnismäßig hohen des Handels nachzugehen, um statistisches Material zu gewinnen. Aus den genannten vier Häfen wurden 1906 z. B. über 12 000 der erwähnten Körbe, das sind über 500 000 Kilogramm, früher Misteln nach England geschickt. Nun gibt es in Frankreich wie auch anderswo Gesetze, die die Ausrottung der Mistel verlangen, da sie für den Obstbau und die Forstwirtschaft schädlich ist; infolgedessen müssen die Misteln eigens angebaut werden, wenn die müden Pflanzen dem Handel nicht mehr genügen. — Ueber den Umfang des Handels in Deutschland war es unmöglich, sichere Zahlen zu gewinnen, aber es konnte festgestellt werden, daß fast in allen Ländern der Mistelhandel ebenso blüht wie der Handel mit Weihnachtsbäumen, auch dort, wo die Mistel wild oder gar nicht vorkommt, wie z. B. in Hamburg. Nach Rußland hat sich der Mistelhandel noch nicht verbreitet, obwohl die Mistel dort, wenn auch nicht in allen Gegenden wächst. Die in Deutschland gehandelten Misteln stammen alle aus dem Lande selbst, und es werden besonders die Laubholzmisteln verwendet, die überall am häufigsten sind. Ueber den Laubholzmisteln gibt es noch Tannen- und Kiefernmisteln, aber höchst selten kommt die Mistel auf Eichen vor, obwohl seit der Druidenzeit die Eiche und die Mistel stets in einem Atem genannt werden. Auf den Eichen schmachtet eine Verwandte der Mistel, die Riemensblume, auf der die Mistel nun ihrerseits schmachtet angegriffen wird; die beste Strafe für einen Schmaroher, wenn er wieder geschöpft wird. Die Riemensblume wirft im Winter aber ihre Blätter ab, während die Mistel immergrün ist; ein ungeliebtes Auge hält nun natürlich die grüne Riemensblumen-Mistel für eine Eichenmistel. Daher erklären sich sicher viele Verwechslungen der beiden Pflanzen, die durch die ganze Literatur gehen, da, besonders im Mittelalter, ein Autor immer gern vom anderen abgeschrieben hat.

Durch den Kult, der mit der Mistel getrieben wird, hat sich nun weiter eine Gratulationsindustrie entwickelt, die nicht zu unterschätzen ist. In England war es lange Sitte, auf Weihnachtskarten neben der Siechpalme Mistelzweige abzubilden, und in der Zeit zwischen 1900 und 1914 sehen wir in Deutschland, Oesterreich und Frankreich die Mistelneujahrskarten weit verbreitet, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß die meisten Weihnachtskarten für England von Deutschland von deutschen Steinbrüchern hergestellt wurden. Diese sind also wahrscheinlich Schuld daran, daß die Mistelmode sich bei uns verbreiten konnte. — Die Verwendung der Mistel als Bierzusatz beschränkt sich aber nicht auf die Gratulationskarten; die ganze Papier- und Kartonagenindustrie, auch die Lederindustrie und vor allem die Metallwarenindustrie haben sich das Mistelmotiv für kunstgewerbliche Zwecke zunutze gemacht. Man sieht die wunderbarsten Gold- und Silberarbeiten, in denen man Mistelzweige, -blätter und -früchte verwertet hat. Es gibt aber auch kaum eine zweite Pflanze, die an sich schon so dekorativ wirkt wie die Mistel.

Im Mittelalter wurde ein offenbar ziemlich bedeutender Handel mit „Mistelmisteln-Paternostern“, mit Rosenkränzen aus Mistelholz getrieben. So wurden im 15. Jahrhundert Mistelrosenkränze aus Oesterreich, Böhmen und Nöhren gehandelt. Von einem Ulmer Kaufmann Otto Kuland existiert heute noch ein Handelsbuch aus den Jahren 1445—1462, aus dem hervorgeht, daß er Rosenkränze aus Mistelholz an die „Paternosterner“, Rosenkränzhändler, in Frankfurt a. M. lieferte. Noch 1794 wird von dem Naturforscher Böhme der Mistelrosenkranz erwähnt, aber dann schenken diese wunderwirkenden Kränze von der Bildfläche zu verschwinden. Tabeuf hat keine „Mistelpaternoster“ in den Museen oder sonstwo aufzuspüren können, aber er hat mit ziemlicher Sicherheit nachweisen können, daß es sich in allen Fällen, in denen diese Rosenkränze beschrieben werden, gar nicht um Mistelholz, sondern um das Holz der Riemensblume gehandelt hat. — Auch der Bogelleim, der seit den ältesten Zeiten angeblich aus Misteln gemacht wird, ist wahrscheinlich aus der Riemensblume hergestellt. Es ist merkwürdig, daß auch heute noch angegeben wird, der Bogelleim, der im Handel zu haben ist, werde aus Misteln hergestellt, aber es ist absolut nicht gelungen, auch nur eine einzige Firma oder einen einzigen Mann namhaft zu machen, der Bogelleim wirklich aus Misteln herstellt. Wie begnügen hier, wie überall im Handel, den größten Schwierigkeiten, wenn wir die Wahrheit erfahren wollen. Das sogenannte Anfrillgeheimnis wird offenbar als Freibrief auch für falsche Aussagen betrachtet; mögen sich die Befehlshaber nur ihre Köpfe zerbrechen, wenn sie etwas erfahren wollen; das ist ja ihre Aufgabe.

Schließlich hat die Mistel bis in unsere Zeit hinein noch eine wirtschaftliche Bedeutung als Arzneipflanze, obwohl auch hier wieder Verwechslungen mit der Riemensblume vorkommen. Da die Mistel eine „heilige“ Pflanze war, hatte sie natürlich auch eine fabelhafte Heilkraft. Besonders gegen Epilepsie ist sie stets empfohlen worden, aber auch äußerlich in Salben und Pflastern gegen Weinschäden, Bruchschäden, Krankheiten der Witz usw. soll sie angewandt werden können. Die neueste Wissenschaft hat entdeckt, daß das Mistelgetränk, unter die Haut eingespritzt, den Blutdruck herabsetzt und infolgedessen gegen Arterienverkalkung verwendbar ist. Auch Saponin hat man in der Mistel gefunden, und die Saponindrogen spielen ja jetzt eine große Rolle.

Professor v. Tabeuf gibt eine Anweisung zur Kultur der Misteln auf kleinen Bäumchen in Töpfen. Wenn geschäftstüchtige Gärtner sich darauf legen, um die Weihnachtszeit fruchtende Misteln in Töpfen auf den Markt zu bringen, so würden diese wahrscheinlich „reichenden“ Absatz finden — wenigstens so lange, wie die Mistelmode anhält.

Der Komet Brooks wiedergefunden! Einer der merkwürdigsten unter den „Bagabunden des Himmels“, der Komet Brooks, der den Astronomen schon viel Arbeit gemacht hat, ist jetzt wieder aufgetaucht. Im Jahre 1859 entdeckte W. R. Brooks einen Kometen, der eine bemerkenswerte Bahn aufwies. Die Rechnung ergab, daß der Komet im Jahre 1855 sehr nahe an Jupiter vorbeigekommen war, dessen mächtige Anziehungskraft seine Bahn von einer Umlaufzeit von 30 Jahren in eine solche von 7 Jahren verkürzt hatte. Aber diese Begegnung war auch in anderer Beziehung verhängnisvoll für den Schwefelstern. Am 1. August 1859 kam der Komet — fast vor den Augen der Astronomen — mit nicht weniger als vier Miniaturkörperchen nieder, die dem Mutterkometen in seiner Bahn folgten. Zwei von ihnen waren von Anfang an sehr schwach und gingen bald im Kampf ums Dasein unter. Die beiden größeren blieben länger am Leben. Einer von ihnen verschwand nach drei Wochen, der letzte war ein paar Monate hindurch sichtbar und zeitweilig hellfächer als der ursprüngliche Komet. Als der Komet 1895 wiedererschien, konnte man keine Spur von seinen Begleitern mehr entdecken, und auch die Lichtstärke des ursprünglichen Kometen hatte stark abgenommen. Sieben Jahre später, 1903, konnte er nur mit den stärksten Fernrohren beobachtet werden. Auch 1910 gelang es den Astronomen der Lid-Sternwarte, das schwache Objekt aufzufinden; aber bei der Wiederkehr 1917/1918 blieb er unsichtbar. Da der Komet vom September 1921 bis Mai 1922 wieder in der verblühten Nähe Jupiters war, hatten die Astronomen diesmal recht geringe Hoffnung, daß er zur berechneten Zeit wiederkehren würde. Nach der Berechnung des russischen Astronomen Dubiago mühte der Komet um den 8. November dieses Jahres wieder in die Nähe der Sonne kommen, wenn er noch am Leben ist. Wenn es gelingt, diesmal den Kometen genügend lange zu beobachten, so wird es möglich sein, die Masse Jupiters mit bisher nicht erreichter Genauigkeit zu berechnen.

